Nr. 18. Halle (Saale), Montag, den 22. Januar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis beträgt 90 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. ohne Bestellgeld. Die „Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Barfüßerstraße 44. Fernsprech. 1046. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigenpreise betragen für die 40 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf., für auswärtige Anzeigen 40 Pf., Anzeigen unter Text 60 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Barfüßerstraße 44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen 8.7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 21. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Außer stellenweise lebhaftem Artilleriekampf und erfolgreichen eigenen Patrouillenunternehmungen verlief der Tag ohne wesentliche Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Oestlich Baranowitschi drangen deutsche Stoßtrupps in die russischen Gräben ein und brachten 17 Gefangene zurück.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. In den Ostkarpathen kam ein geplanter feindlicher Angriff an der Valeputna-Straße in unserem wirkungsvollen Artilleriefeuer nicht zur Entwicklung. Kleine russische Vorstöße wurden abgewiesen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Mit Nanesti fiel am 19. Januar der ganze von den Russen dort noch zäh verteidigte Brückenkopf in unsere Hand. Pommern, Altmärker und Westpreußen stürmten mehrere feindliche Linien mit stark ausgebauten Stützpunkten. Der Ort selber wurde im heißen Häuserkampfe genommen. Die über die Sereth-Brücke zurückflutenden Russen wurden von unseren Batterien und Maschinengewehren flankierend gefaßt und erlitten schwere Verluste. 1 Offizier, 555 Mann, 2 Maschinengewehre und 4 Minenwerfer fielen in unsere Hand.

Mazedonische Front. Im Cerna-Bogen östlich Paralowo führte eine deutsche Erkundungsabteilung eine erfolgreiche Unternehmung durch.

•

Großes Hauptquartier, 22. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Lens wurde ein schwächerer englischer Angriff im Handgranatenkampf abgeschlagen. — Bei Beyonvaux und östlich Pont-a-Mousson brachten Erkundungsabteilungen von kurzen Vorstößen in die feindliche Stellung mehrere Franzosen und ein Maschinengewehr zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Westlich Friedrichstadt wurden nachts angreifende russische Jagdkommandos abgewiesen.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. In den Oskarpathen kam es an mehreren Stellen zu Vorfeldkämpfen, die für uns günstig verliefen. — Nördlich des Oitoz-Tales war die beiderseitige Artillerietätigkeit zeitweise lebhaft.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Westlich Panciu griff eine feindliche Kompagnie unsere Sicherungen an der Putna an; sie wurde zurückgeschlagen.

Mazedonische Front. Außer vereinzelten Erkundungszusammenstößen sind keine besonderen Ereignisse zu melden.

•

Die Schlacht am Sereth soll in ihrer ungemeinen Heftigkeit bereits den Charakter eines entscheidenden Ringens angenommen haben. Es wird gemeldet, daß die Möglichkeit des Verlustes der südlichen Moldau die Russen veranlaßt habe, alle verfügbaren Truppen zu konzentrieren, um den Kampf auf der ganzen Linie aufzunehmen. Auf der ganzen Linie habe sich ein gigantischer Kampf entwickelt; der Russenkoloß hat alle Kräfte zusammengerafft. Die Russen haben ihre Reserven hauptsächlich nach den Flüssen Sereth, Cajimu und Sistita geworfen; auch rumänische Truppen wurden herangezogen. Der Feind bezwecke offenbar, den Vormarsch am Totrusch und Sereth aufzuhalten und dann die Initiative an sich zu reißen. Die Kämpfe in der Südmoldau hätten nun den Höhepunkt erreicht; die Entscheidung stehe bevor.

Die südlichen Forts von Galatz sind, nach österreichischen Berichten, vollkommen zerstört. Ebenso die westlichen Befestigungen der Stadt. Besonders sollen auch die für die Verteidigung wichtigen Hafenanlagen furchtbar zugerichtet sein.

Das Kriegselend in Rumänien ist, nach dem Berichterstatter der Neuen Züricher Zeitung, in Jassy geradezu entsetzlich. In der Walachei wurden die meisten Petrolengegenden in ungeheure Brandstätten verwandelt, deren Flammen meilenweit sichtbar waren und den Eingeborenen der verschiedenen Städte in der Umgegend kundtaten, daß das rumänische Nationalvermögen zugrunde gehe. Die Lage ist bis jetzt noch nicht viel verändert. Das ganze in den Händen der Rumänen noch befindliche Land ist ein wirres Durcheinander von Flüchtlingen, die alle Straßen füllen und in den Gräben hunderte dem Hunger und Frost Erliegende zurücklassen. Man zahlt noch immer für einen Platz in einem Bauernwagen bis zu 500 Frank und mehr, für eine Eisenbahnkarte Tausende von Frank; doch hilft das Geld nur in den seltensten Fällen aus der Not.

England will die griechische Handelsflotte „pachten". Nach einer Meldung des Secolo aus Athen beabsichtigt die englische Regierung, die gesamte griechische Handelsflotte gegen Pachtzahlung zu requirieren. Die griechische Regierung sei darüber beunruhigt und beanspruche für die Versorgung des Landes mit Lebensmitteln eine genügende Anzahl von Schiffen zur eigenen Verfügung.

Athen, 21. Januar. Die militärischen Vertreter der Entente setzten den griechischen Generalstab davon in Kenntnis, daß für den Transport aller Kanonen und Maschinengewehre des griechischen Heeres nach dem Peloponnes ein 14tägiger Aufschub bewilligt sei, der am 20. Januar beginne.

Keine Zwangsaushebung zum polnischen Heer. Unter den in Deutschland sich aufhaltenden, im Königreiche Polen beheimateten polnischen Arbeitern ist vielfach die Meinung verbreitet, daß ihre zwangsweise Einziehung zum polnischen Heere beabsichtigt sei. Eine solche Absicht besteht, wie offiziös versichert wird, nicht. Vielmehr wird darauf hingewiesen, daß sich das polnische Heer nur aus Freiwilligen ergänzt. Alle Gerüchte über zwangsweise Einziehung beruhen auf Erfindung oder böswilliger Ausstreuung.

Gewaltstreich gegen die Arbeitsgemeinschaft

Der Parteivorstand will die Arbeitsgemeinschaft aus der Partei entfernen!

Das Unglaubliche ist geschehen, der Parteivorstand hat die Beschlüsse des Parteiausschusses auch formell zu den seinen gemacht und beginnt sie auszuführen. Sein weiter unten folgender Aufruf bestätigt die schlimmsten Befürchtungen.

Der Parteivorstand führt gegen die Arbeitsgemeinschaft einen Gewaltstreich aus, indem er sie einfach aus der Partei zu weisen versucht! Dazu hat er auch nicht die Spur eines Rechtes. Aber er glaubt, dazu die Macht zu haben — und scheint entschlossen, diese Macht rücksichtslos zu gebrauchen. Die Parteigenossen dürfen sich in diesem Punkte keinerlei Täuschung mehr hingeben. Die Fraktions- und Parteivorstandsmehrheit haben sich in ihre Kriegspolitik so fest verbissen, daß sie sie unter jeden Umständen durchsetzen und alle Opposition dagegen aus der Partei entfernen wollen. Dazu benutzen sie noch schnell die Zeit des Krieges, des Belagerungszustandes und der Zensur, die es verhindern, daß die Parteigenossen aus dem Felde ihren Einfluß, ihre Rechte ausüben können, die es auch den Daheimgebliebenen unmöglich machen, sich öffentlich oder durch einen Parteitag zur Wehr zu setzen. Der linke Flügel der Sozialdemokratie fordert, daß der kommende Parteitag den Streit entscheiden soll, während der Parteivorstand jetzt ein Drittel der Partei und mehr aus der Parteiorganisation hinauszuweisen versucht. Jetzt unterm Kriegszustand! Dabei dreht er die Sache um und diktiert, die Arbeitsgemeinschaft hätte „sich selber außerhalb der Partei gestellt." Dabei erklärt die Arbeitsgemeinschaft das Gegenteil! Sie wirkt innerhalb der Organisation für ihre sozialistische Auffassung, die bis zum 4. August das Programm und die Taktik der gesamten Partei war. Für diese Wiederbesinnung der Partei auf ihren Sozialismus und ihre grundsätzliche Taktik zu werben und zu wirken ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jedes Parteigenossen. Damit stellt er sich nicht „außerhalb der Partei", selbst wenn er mit Gleichgesinnten zusammenkommt.

Parteivorstand und Parteiausschuß machen sich die Sache bequem. Der P. A. beschließt in seiner Resolution: „Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft wie ihre Anhänger haben sich nunmehr auch **von der Partei selbst getrennt**", haben sich „außerhalb der Partei gestellt". Das ist nicht wahr — und das ist auch überhaupt ein Unding. Außerhalb der Partei stellt sich nur, wer seine Beiträge nicht zahlt oder wer ausgeschlossen wird. Der Ausschluß kann aber (siehe § 26—30) nur erfolgen, wenn eine Parteiorganisation den Antrag stellt, der Bezirksvorstand den Ausschluß beschließt, ein Schiedsgericht zustimmt und der Parteitag die Berufung dagegen verwirft. Also: die Hinauswerfung der Arbeitsgemeinschaft und ihrer „Anhänger" ist nicht so einfach.

Der Parteivorstand scheint aber diesen statutarisch-verbürgten Weg nicht gehen zu wollen, denn die Erklärung die Arbeitsgemeinschaft hätte sich „selber" „außerhalb der Partei gestellt" ist bequemer. Wie sieht es damit? In Magdeburg erklärte Genosse Bebel im Namen des Parteivorstandes:

„Die Organisation kennt kein Außerhalb-der-Partei-Stellen; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund der §§ 26 usw. aus der Partei ausgeschlossen wird." (Protokoll Seite 360.)

Soll das nicht mehr gelten? Soll das Organisationsstatut beseitigt sein? — Der Parteivorstand diktiert weiter:

„Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichskonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben."

Das ist der Kernpunkt seines Erlasses. Das ist der Prüfstein, den er setzt. Wer sich mit den Beschlüssen der Konferenz solidarisch erklärt, kann nicht Mitglied bleiben. Die Konferenz war veranlaßt und einberufen von der Fraktion Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft. Mit ihr erklären sich die 19 Mitglieder der Fraktion Arbeitsgemeinschaft solidarisch — also „können sie nicht Mitglieder der Partei bleiben". Basta! Wie aber werden sie ausgeschlossen werden? Auf dem Wege des Organisationsstatuts? Das ist nicht möglich, wenigstens in den Bezirken nicht, die auf dem Boden der bisherigen Sozialdemokratie stehen. Hier würde jeder Bezirksvorstand und jedes Schiedsgericht entscheiden, diese Genossen sind nicht nur vollwertig, sondern ob ihres tapferen Festhaltens am Sozialismus zu beloben. Also bliebe nur der Weg der Gewalt. Auf diesen Weg weisen verschiedene Stimmen schon hin. Dr. Paul Lensch höhnt in einem Artikel der J. K. über die Berufung der Opposition „auf das Organisationsstatut". Das sei „ein anmutiges Kätchenspiel", „auf das wir nicht gewillt sind, uns einzulassen". Und weiter sagt er: „zumal der nächste Parteitag ein erheblich anderes Bild bieten dürfte, als etwa die Reichskonferenz der Gesamtpartei vom September 1916. **Denn zu ihm haben selbstredend die Mitglieder und Anhänger der Arbeitsgemeinschaft und der Anarchosozialen keinen Zutritt**, da die Parteitage der deutschen Sozialdemokratie natürlich nur von Mitgliedern dieser Partei beschickt werden können."

Das ist der Plan! Man sage nicht, das schreibe ja nur Dr Lensch. Man erinnere sich, daß Dr. Lensch auch schon vor einer Woche schrieb, was heute der Parteivorstand tut. Er ist sehr gut unterrichtet! Soll der Plan der Erdrosselung der Opposition gelingen, so muß unter allen Umständen ein gemeinsamer Parteitag verhindert werden. Man muß jetzt mit Ausschlüssen und mit Aberkennung von Rechten vorgehen, auf daß die betroffenen Organisationen sich zur Wehr setzen, woraus man dann fix eine „Sonderorganisation" macht, die sich „von der Partei getrennt" habe. Doch gleichviel, fest steht jetzt folgendes:

Der Parteivorstand erklärt, die 19 Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft können nicht mehr zur Partei gehören! Das hat er verfügt und das wird er durchzusetzen versuchen. Darum geht jetzt der Kampf in der Partei! Der Arbeitsgemeinschaft gehören an die Reichstagsabgeordneten Bernstein-Breslau, Bod-Gotha, Büchner-Berlin, Dr. Cohn-Nordhausen, Dittmann-Remscheidt, Geyer-Leipzig, Haase-Königsberg, Henke-Bremen, Dr. Herzfeld-Rostock, Horn-Dresden, Kunert-Halle, Ledebour-Berlin, Ryssel-Leipzig, Schwarz-Lübeck, Stadthagen-Berlin, Stolle-Krimmitschau, Vogtherr-Stettin, Wurm-Gera, Zubeil-Charlottenburg. Es bleibt nun abzuwarten, wie der Parteivorstand gegen diese Genossen vorgehen wird. Daß uns die heftigsten Parteikämpfe bevorstehen, ist sicher, denn die Bedrohten und die hinter ihnen stehenden Organisationen werden alle Kraft aufbieten, sich die durch Organisationsstatut verbrieften Rechte nicht rauben zu lassen. Kein Zweifel, daß die sozialistisch denkenden Proletarier geschlossen für die Attackierten eintreten werden. Sie sind einst zu Richtern berufen über Taten, die vor der Geschichte nicht mehr verantwortet werden können. Es geht jetzt nicht nur um die Demokratie, sondern um den Sozialismus in der Partei!

•

Der Aufruf des Parteivorstandes lautet:

An die Partei!

Die festgefügte Organisation der deutschen Sozialdemokratie ist allezeit selbst von ihren Gegnern als vorbildlich bezeichnet worden; sie ist stets der Stolz der deutschen Arbeiterschaft gewesen. Die Erfolge der deutschen Sozialdemokratie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete waren nur zu erringen auf Grund dieser starken demokratischen Organisation, für deren Mitglieder die Einheitlichkeit im Handeln stets als erste und selbstverständliche Pflicht gegolten hat.

Niemals zuvor war die Geschlossenheit der Partei dringlicher geboten als nach dem Ausbruch und im Verlaufe des Verteidigungskrieges, den Deutschland seit nunmehr 30 Monaten zu führen gezwungen ist.

Einheitlich trat die deutsche Sozialdemokratie, die immer auf dem Boden der Landesverteidigung gestanden hat, auch beim Ausbruche des Krieges auf. In der Erklärung, die der Abgeordnete Haase für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914 abgegeben hat, heißt es:

„Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir auch in Uebereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen. Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht."

Getreu dieser Erklärung, die sich vollkommen im Einklang befindet mit unseren Grundsätzen, hat die sozialdemokratische Partei sowohl wie auch die Reichstagsfraktion im Laufe des Krieges gehandelt. Trotzdem splitterten zunächst vereinzelte Genossen, dann auch Gruppen und Organisationen ab und gingen ihre eigenen Wege. Dieses disziplinlose Verhalten, durch das die Bemühungen der Partei zur Herbeiführung eines baldigen Friedens ganz erheblich erschwert worden sind, wurde unter Hinweis auf Reden und Forderungen unverantwortlicher Personen und Verbände mit der Behauptung begründet, daß der Verteidigungskrieg Deutschlands zu einem Eroberungskrieg geworden sei und daß die Partei sozialistische Grundsätze mißachte. Diese Behauptungen sind vollkommen unwahr.

Daß Deutschland keinen Eroberungskrieg führt, sondern gegen eine ungeheure Uebermacht um seine nackte Existenz, also auch um die wichtigsten Lebensinteressen der Arbeiterschaft, kämpft, kann nach den Antworten der Entente auf das deutsche Friedensangebot und die Anregungen des Präsidenten Wilson von keinem verständigen Menschen mehr bestritten werden.

Durch unsere Parteiorganisation geht ein Riß. In verhängnisvoller Weise haben sich die Zustände innerhalb der Partei entwickelt. Die für jeden Demokraten selbstverständliche Pflicht der Unterordnung unter die Beschlüsse der Mehrheit wird vielfach mißachtet. Das demokratische Prinzip wird direkt auf den Kopf gestellt: die Mehrheit soll sich dem Willen einer Minderheit fügen.

Zur größten Freude aller Feinde der Partei und zum unabsehbaren Schaden der Partei und der deutschen Arbeiterschaft redete und stimmte schließlich nicht nur eine Minderheit der Reichstagsfraktion gegen die Mehrheit sondern, krankte sogar eine besondere Fraktion. Mit der Spaltung der Reichstagsfraktion war in unverantwortlicher Weise das denkbar schlimmste Beispiel für weitere Parteizersplitterung gegeben worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0001

Trotz alledem ließen es der Parteivorstand, der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion bei Tadeln und ernsten Ermahnungen, in der Erwartung, daß die in der Opposition stehenden Genossinnen und Genossen sich auf ihre demokratischen Pflichten besinnen und fernerhin Disziplin üben würden.

Diese Erwartungen sind nach jeder Richtung hin getäuscht worden. Die allgemeinen Kriegsnöte, der Schmerz um Verluste, die Sorge um Angehörige usw. — alles das hat, wie in allen anderen am Kriege beteiligten Ländern auch bei uns eine Stimmung geschaffen, die von der Opposition restlos ausgenutzt wird, um die Parteimehrheit und die Parteileitung zu verdächtigen und die Leitung der Partei einer Gruppe in die Hände zu spielen, die schon lange Zeit vor dem Kriege darum gekämpft hat, hinausgesetzt hielten und halten die verschiedenen oppositionellen Gruppen — die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die sogenannten Internationalen, die Spartakusanhänger usw. — Konferenzen im Reich ab, um sich zunächst oppositionelle Stützpunkte und im Anschluß daran eigene Organisationen zu schaffen.

Verschiedene Parteizeitungen wurden von den oppositionellen Gruppen, die sich untereinander selbst auf das heftigste bekämpfen, boykottiert.

Das Parteileben ist an manchen Orten vollkommen gelähmt worden.

Das Treiben erreichte seinen Höhepunkt in der von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für alle oppositionellen Gruppen einberufenen Reichskonferenz die am 7. Januar 1917 in Berlin getagt und u. a. beschlossen hat:

„Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Gemossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen."

Wenn trotz aller früheren Vorgänge irgendwo in parteigenössischen Kreisen noch Zweifel bestanden haben sollten über die Absichten einer fanatisch-rechthaberischen Minderheit, der die Mehrheit sich fügen soll, so werden diese Zweifel nunmehr beseitigt sein. Die Reichs-Sonderkonferenz der Opposition und die von dieser gefaßten Beschlüsse sind unvereinbar mit dem Organisationsstatut und der Zugehörigkeit zur Gesamtpartei. Daraus die logischen Folgerungen zu ziehen, war die unerläßliche Pflicht des Parteivorstandes, der diese Folgerungen gezogen und sie dem Parteiausschuß unterbreitet hat. Der Parteiausschuß hat die Stellungnahme des Parteivorstandes gebilligt und am 18. Januar nach eingehender Prüfung unter ausdrücklichem Hinweis auf die Reichskonferenz der Opposition folgenden Beschluß gefaßt, dem der Parteivorstand beitreten ist:

„Die Schaffung dieser Sonderorganisation und die Zugehörigkeit zu ihr ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Gesamtpartei. Daher ist es nun Aufgabe aller treu zur Partei stehenden Organisationen, dem unehrlichen Doppelspiel aller Parteizerstörer ein Ende zu machen und die durch die Absplitterung der Sonderorganisationen erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen."

Parteigenossen! Die geschilderten Zustände sind für die Partei unerträglich geworden; sie müßten die Partei zugrunde richten, wenn wir sie länger dulden wollten. Wir wollen und dürfen sie nicht länger dulden. Hoch über allem Dogmenfanatismus und persönlicher Rechthaberei, hoch über allem anderen muß uns die Partei stehen, die Sachwalterin und Interessenvertreterin der klassenbewußten deutschen Arbeiterschaft. Der Kampf der Partei für den Frieden, gegen die Mißstände in der Volksernährung und gegen den Belagerungszustand darf nicht lahmgelegt werden durch den Kampf in den eigenen Reihen.

Die Aufgaben, die sich im unmittelbaren Anschluß an den Krieg vor uns auftürmen, auf dessen baldiges Ende nur eine einheitlich handelnde Partei mit Aussicht auf Erfolg hinarbeiten kann, sind geradezu gewaltige. Soll die Partei zu der Zeit, in der sie die wichtigsten Aufgaben im Interesse des arbeitenden Volkes zu leisten hat, wenn es gilt, entscheidende Kämpfe um politische Rechte zu führen und das Koalitionsrecht gesetzlich zu verankern, ohnmächtig sein? Könnte sie bei der Lösung der Steuerfragen die Interessen des arbeitenden Volkes wirksam vertreten, für die Opfer des Krieges, für die Witwen und Waisen mit der geringsten Aussicht auf Erfolg eintreten, wenn sie nicht einheitlich und geschlossen aufzutreten vermöchte? Soll die Partei nach dem Krieg in Trümmern liegen oder nicht? Das ist die Frage, auf die es ankommt.

Wir wollen die Partei wieder aktionsfähig machen und rufen die Genossen hiermit zur Mitarbeit auf.

In unserer Partei müssen die uneingeschränkte Meinungsfreiheit, das Recht auf die rücksichtslose Kritik unter allen Umständen sichergestellt sein. Daran darf nicht gerührt werden. Diesen unantastbaren Rechten gegenüber steht freilich die Pflicht der Disziplin, d. h. die Pflicht der Unterordnung unter Mehrheitsbeschlüsse, die Einheitlichkeit im Handeln.

Es muß jetzt Klarheit in der Partei geschaffen werden. Wer fernerhin zur sozialdemokratischen Partei stehen und ihr die Treue halten will, der kann nichts gemein haben mit dem, was auf der Reichskonferenz der verschiedenen oppositionellen Gruppen beschlossen worden ist.

Es muß jetzt Farbe bekannt werden. **Die Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichs-Sonderkonferenz der oppositionellen Gruppen solidarisch erklären, können nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben. Das eine schließt das andere aus.**

Parteigenossen! Ernster denn je ist die Zeit für unser Land und unser Volk; ernster denn je zuvor auch für unsere Partei. Seid euch alle der vollen Verantwortlichkeit die jetzt auf jedem Einzelnen lastet, bewußt und handelt als Sozialdemokraten, wie es euch die Pflicht im Interesse der Arbeiterschaft gebietet.

Berlin, den 20. Januar 1917.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

•

Spaltung der französischen Fraktion.

Genf, 20. Januar. Der gestrigen Sitzung der französischen Kammer ging eine sehr bewegte Beratung der sozialistischen Fraktion voraus. Der Führer Renaudel und einige fünfzig Deputierte bekämpften energisch das Vorhaben des sozialistischen Abgeordneten Pressemane und seiner Parteigänger, die darauf bestanden, die Regierung zu Aufklärungen über die in der Antwortnote an Wilson enthaltenen Kriegsziele aufzufordern. Die von Renaudel geführte Mehrheit verließ das Beratungszimmer und Pressemane und seine Anhänger verfaßten den Text der Interpellation, die auch in der Kammersitzung eingebracht wurde. Bei der Abstimmung ergab sich dann, daß sich zu der Gruppe Pressemane noch zwanzig Anhänger Renaudels geselst hatten, wodurch die Minderheit auf 57 anwuchs. Hierzu bemerkt das Petit Journal, daß dieser Zwiespalt in der sozialistischen Kammerfraktion der ernsteste sei, der seit 15 Jahren vorgekommen. Aus der Rede des Sozialisten Pressemane zur Begründung seiner Interpellation über die Ententeantwort an Wilson hebt das Lyoner Blatt Progrès folgende Sätze hervor: „In allen Parlamenten, in der gesprochenen wie gedruckten öffentlichen Meinung unseres eigenen Landes bilden die Kriegsziele und die Friedensfrage den vorherrschenden Stoff leidenschaftlicher Erörterungen. Nur in diesem Saal, dem Sitz der nationalen Souveranität, wird uns absolutes Schweigen aufgenötigt." (Großer Beifall auf der äußersten Linken, Zurufe rechts: „Was ist's mit dem Reichstage?") Pressemane fährt fort: „Auch die deutsche Volksvertretung hatte Gelegenheit, sich über diese brennendste aller Fragen auszusprechen. Ich fordere Sie nochmals auf, die sofortige Diskussion zuzulassen. Kammer und Land können daraus nur Nutzen ziehen." (Beifall auf zahlreichen Bänken.)

•

Genaues über den Bruch in der Fraktion ist noch nicht berichtet worden, doch ist es klar, daß sich die Minderheit in der Fraktion von der bisherigen Kriegspolitik der Mehrheit lossagt und eine Friedenspolitik zu treiben entschlossen ist. Dabei scheint sie gute Aussichten zu haben, bald zur Mehrheit zu werden, wie sie wohl auch der Mehrheit der Parteimitglieder im Lande sicher ist.

In allen kriegführenden Ländern wird sich der Sozialismus allgemach wieder auf sein Wesen besinnen und die Kriegspolitik und die Unterstützung der kapitalistisch-imperialistischen Regierungen von sich schütteln. Daß es dabei zu Spaltungen kommt, zeigt, wie zäh ein Teil der Sozialisten an ihrer Kriegspolitik festhalten will — zum Unglück für den Frieden.

•

Internationale Besprechungen.

Wie aus London berichtet wird, hatten die englischen sozialistischen Führer Besprechungen mit den Parteivertretern des Auslandes, um ihre Stellungnahme zu einer eventuellen internationalen Konferenz festzulegen. Hierbei ließen mehrere Parteipolitiker durchblicken, daß an dem mißglückten Verlauf der Friedensbewegung hauptsächlich die geheimen Vereinbarungen des französischen Ministerpräsidenten mit England schuld seien. Die sozialistische Partei Frankreichs werde diesen Zustand nicht mehr länger mit ansehen.

Ein Meldung aus Frankreich besagt: Ein Teil der französischen Sozialisten und vier Senatsmitglieder begaben sich nach Lyon, um mit den italienischen Abgeordneten der sozialistischen Partei Verhandlungen zu führen. Auch die englischen Sozialisten waren eingeladen, konnten aber nicht Folge leisten, weil ihnen England keine Pässe verabfolgen wollte. Auch aus Rußland weilen mehrere Vertreter in der Schweiz, von denen einige gleichfalls nach London eingeladen wurden. Die Art der Besprechungen sei geheim, doch verlautet in London: Sozialistenkreise, daß über die Lage der Arbeiter Italiens, Frankreichs und Rußlands verhandelt werden, um diese zu einer gemeinsamen Kundgebung zugunsten eines annehmbaren Friedens zu veranlassen. Für diese Zusammenkunft habe ein früherer französischer Minister die Wege geebnet, so daß von der französischen Regierung keine Schwierigkeiten zu erwarten seien.

Die Zimmerwalder Propaganda.

Unter den Resolutionen auf dem französischen Sozialisten-Kongreß befand sich auch eine von Pressemane, die sich mit der Zimmerwalder oder Kientaler Propaganda beschäftigt. Sie lautete folgendermaßen:

„Der Kongreß konstatiert, daß die in Kiental geäußerten Ideen ihre Wurzel vor dem Kriege in den Reden und Schriften gewisser Mitkämpfer fanden, zu denen die Genossen Renaudel und Hervé gehören, und geht zur Tagesordnung über."

Diese Resolution wurde mit 1657 Stimmen gegen 1074 bei 197 Enthaltungen abgelehnt. — Die Resolution ist die schärfste Verurteilung der Kongreßpolitik der gemäßigten Minderheit. Denn wenn sie die Kientaler Beschlüsse als die Fortführung der sozialistischen Politik vor dem Kriege anerkennt, so mußte sie sich auf den Boden dieser Beschlüsse stellen und danach handeln. Worte allein bedeuten nichts.

•

Die Krise in Rußland.

Ungemein kennzeichnend für die Kopflosigkeit in russischen Regierungskreisen und die ganze verworrene innere Lage des Zarenreiches sind Nachrichten, nach denen außer dem Kriegsminister Schuwajew auch der Finanzminister Bark und der Oberkommandierende zurückgetreten und Stürmer zum Ratgeber des Außenministers und Gurkow zum Oberkommandierenden ernannt worden sind. Nicht weniger verblüffend wirkt der Erlaß eines Verbotes der Versendung russischer Zeitungen, Zeitschriften und Bücher nach dem Ausland. In Petersburg herrscht nach weiteren Meldungen eine äußerst nervöse Stimmung. Das Verlassen Rußlands wird den Reisenden seit einer Woche äußerst erschwert. Eine Telegrammversendung von Rußland aus ist so gut wie unmöglich. Die Regierung dietet alles auf, die russischen Vorgänge dem Auslande gegenüber zu verheimlichen. — Wie die Pariser Blätter aus Petersburg melden, wird der russische Minister des Aeußern Prokowsky nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.

•

Die Ernennung Sisoyonows zum Botschafter in London sei erfolgt, weil Pokrowsky darauf bestanden habe, daß Sisoyonow seine politische Tätigkeit wieder aufnehme.

Die Vertagung der Duma wird damit „begründet", die neue Regierung wolle erst eine Grundlage der Uebereinstimmung mit der Volksvertretung schaffen.

•

Neue Vergeltungsmaßregeln. Berlin, 20. Jan. (Amtlich.) Nach zuverlässigen Nachrichten werden kriegsgefangene deutsche Offiziere seitens der französischen Heeresleitung einer unwürdigen und völkerrechtswidrigen Behandlung ausgesetzt, um sie zu militärisch wichtigen Aussagen zu zwingen. In bestimmten Sammelplätzen, so z. B. der Zitadelle von Amiens, werden sie bis zu 14 Tagen in Einzelhaft gehalten und stets von neuem anstrengenden Verhören unterworfen. Bei Verweigerung der Aussage werden sie bedroht und sogar mit dreitägigem Dunkelarrest bei Wasser und Brot bestraft. Die Offiziere erhalten Mannschaftskost, dürfen ihre Zelle nicht verlassen, schlafen auf Pritschen und Strohsack und werden in jeder Beziehung unwürdig behandelt. Zur Vorbeugung bei der Gleichmäßigkeit ist von der deutschen Oberster Heeresleitung angeordnet, daß alle künftig zu Gefangenen gemachten Offiziere und Offiziersstellvertreter bis auf weiteres in der gleichen Weise behandelt werden.

Invalidenaustausch zwischen Deutschland und Japan. Der vom Schweizer politischen Departement angebahnte Invalidenaustausch zwischen Deutschland und Japan wird, dem Berner Bund zufolge, demnächst beginnen. Die Transporte gehen voraussichtlich über Amerika nach Holland.

„Lehren des Krieges" für — Amerika. Daily Expreß meldet, daß General Scott, der Chef des Generalstabes der Vereinigten Staaten, vor der Senatskommission die Erklärung abgab, daß angesichts der Lehren des gegenwärtigen Krieges die Vereinigten Staaten eine stehende Armee von 1500 000 Mann haben müssen und 15 Millionen Mannan Reserven, die innerhalb 90 Tagen verfügbar sein müßten. Das sei die größte jemals aufgestellte Rüstungsforderung. Wenn jährlich 750 000 Mann zu zweijähriger Dienstzeit einberufen würden, ließe sie sich durchführen.

Neutraler Postdienst durch Tauchboote?

Verschiedene Blätter brachten die Nachricht, wonach ein spanisches Tauchboot zwischen Neuyork und Kopenhagen unterwegs sei, um der dänischen Regierung wichtige Aktenstücke der amerikanischen zu überbringen; das Tauchboot werde bereits in den nächsten Tagen in Kopenhagen erwartet. An diese Mitteilung wurde die Vermutung geknüpft, es scheine, daß auf Veranlassung Spaniens die Neutralen einen regelrechten Kurierdienst durch Tauchboote eingerichtet haben, um so den Plünderungen der Post durch die englischen Kriegsschiffe auszuweichen.

Dazu verbreitet W. T. B. folgende Meldung der Agence Havas aus Madrid: Der spanische Marineminister dementiert die Nachricht über die Ankunft des spanischen Unterseebootes Isaac Peral in Dänemark. Das Unterseeboot befindet sich auch auf einer amerikanischen Werft, von wo es sich direkt nach Spanien begeben werde.

Politische Uebersicht.

Schwerinstag im Abgeordnetenhause.

Nach langer Zeit hat das Preußische Abgeordnetenhaus am Sonnabend wieder einmal eine ganze Sitzung den aus dem Hause gekellten Anträgen gewidmet. Der nationalliberale Gesetzentwurf auf Beseitigung der disziplinarischen Arreststrafen für Unterbeamte wurde angenommen. Nun kommt es auf die Regierung und das Herrenhaus an.

Ein von dem Fortschrittler Cassel einleuchtend begründeter, von dem Antisemiten Heins in mehr erheiternder als erbitternder Weise bekämpfter und vom Genossen Hirsch befürworteter Antrag, der die Möglichkeiten für die Mitarbeit der Frauen in der sozialen Gemeindeverwaltung erweitern will, ging an einen Ausschuß.

Dann wurde ein Zentrumsantrag beraten, der die Bevorzugung beseitigen will, die heute bei der Aufnahme in höhere Schulen den Borschülern gegenüber den Volksschülern zuteil wird. In der Debatte sprach auch Genosse Hänisch. Er wandte sich sehr entschieden gegen die Einrichtung der Borschule überhaupt und wies nach, daß einzig und allein die allgemeine und gleiche Volksschule für alle am Platze sei und die Grundlage für die höheren Schulen zu sein habe. Nebenbei bemerkt, besteht dieser Zustand schon immer in Oesterreich. Der Antrag ging schließlich an die Unterrichtskommission.

Am Montagnachmittag wird das Haus die erste Lesung des Fideikommißgesetzes vornehmen. Die Fortschrittler haben sich zwar dagegen auf das äußerste gesträubt, aber die Mehrheit des — beschlußunfähigen — Hauses hat gegen sie entschieden.

Der Kampf gegen das Fideikommißgesetz.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im Preußischen Landtag folgenden Antrag in Form eines Gesetzentwurfes eingebracht:

„Während der Dauer des Krieges und bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Friedensschlusse ist die Errichtung von Grundfideikommissen oder die Vergrößerung bestehender Grundfideikommisse nicht zulässig. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Staatsministeriums. Soweit sie erfolgen, ist dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt davon Mitteilung zu machen."

Die Einbringung des neuen Gesetzes durch die Regierung wird von den Parteien der linken Seite als ein Bruch des Burgfriedens aufgefaßt. Während des Krieges neue Privilegien für die privilegierten Stände zu errichten, halten diese Parteien als unzulässig. Es wird im Abgeordnetenhause zu scharfen politischen Kämpfen kommen.

Briefsperre gegen einen Abgeordneten.

Der Bezirksausschuß in Berlin hatte sich dieser Tage mit einer Klage zu beschäftigen, die Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld gegen das Oberkommando in den Marken und gegen den Berliner Polizeipräsidenten angestrengt hatte. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß am 21. Januar 1915 eine nicht veröffentlichte, nur für die betreffenden Behörden bestimmte Anordnung des Oberkommandos über die Verhängung von Briefsperren erlassen worden ist. Gemäß dieser Verfügung wurden auch die Briefe und Telegramme an Herzfeld beschlagnahmt und dem Polizeipräsidenten ausgehändigt. — Der Kläger begründete seine Klage damit, daß durch die Verfügung des Oberkommandos seine Rechte als Reichstagsabgeordneter verletzt worden sind. Der Bezirksausschuß kam in der mündlichen Verhandlung zu keiner Entscheidung, sondern will eine solche schriftlich zustellen.

General Keim gegen das Ausbeutertum.

Der Führer des Wehrvereins, General Keim, veröffentlicht in der Tägl. Rundschau einen Artikel, der ganz im Geiste seiner bekannten Anschauungen gehalten ist. Mit ungeheuer scharfen Worten und ungemessenen Ansprüchen fordert man ein Frieden wahrlich nicht. Auch für den Appell an den „Dämon des deutschen Furors" wird man in weiten Kreisen des deutschen Volkes kein Verständnis haben, robuste Kraftausdrücke tun es nun einmal nicht. Dagegen wird man dem Teil der Ausführungen des Generals Keim zustimmen können, der sich gegen das Ausbeutertum richtet und der lautet:

„Der Zorn des deutschen Volkes muß sich auch gegen diejenigen wenden, die in schamloser Habgier nicht davor zurückschrecken, sich auf Kosten ihrer Volksgenossen durch Wucher und Ausbeutung aller Art zu bereichern. Sie schädigen dadurch nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch unsere Widerstandskraft. Sie benutzen verbrecherisch die Not des Volkes, und es muß offen ausgesprochen werden, daß man es im Volke nicht versteht, wie es immer noch nicht gelungen ist, diese Pest des Ausbeutertums zu beseitigen. Mit den formalen juristischen Mitteln scheint man da nicht auszukommen. Solche Leute sind ehrlos und müssen mit Strafen wie für die Ehrlosen belegt werden. Wenn da papierne Hindernisse bestehen, so müssen sie weggeräumt werden, denn in diesem Falle gilt es wirklich: Not kennt kein Gebot!"

Vom Zivildienstgesetz.

Berlin, 19. Januar. Der Reichstagsausschuß zur Mitwirkung am Vaterländischen Hilfsdienst nahm auf Antrag des Zentrums folgenden neu einzufügenden Paragraphen an: Die Verhandlungen vor den Schlichtungsausschüssen und Einberufungsausschüssen sind öffentlich. Der Ausschuß kann aus wichtigen Gründen die Oeffentlichkeit ausschließen. Die Verhandlungen vor dem Feststellungsausschuß sind nicht öffentlich, jedoch kann der Vorsitzende einzelnen Personen den Zutritt zu den Verhandlungen gestatten. Ferner wurde ein Antrag angenommen, daß der Schlichtungsausschuß auf Verlangen der Militärbehörden festzustellen hat, welche Gründe zu der Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses geführt haben. Dabei kann der Vorsitzende bestimmen, daß der Wehrpflichtige einem anderen Betrieb überwiesen wird.

Kleine politische Nachrichten.

Die Kosten der Militärtransporte. Mit der Mobilmachung ist der Betrieb der Eisenbahnen im Deutschen Reiche formell auf die Militärverwaltung übergegangen. Die Militärverwaltung muß aber für die Transporte auf den Eisenbahnen an die Besitzer dieser Bahnen, das sind, abgesehen von Elsaß-Lothringen — die einzelnen Bundesstaaten, Bezahlung leisten. Welche Summen dabei in Frage kommen, geht aus einer Mitteilung des preußischen Finanzministeriums hervor, wonach die Vergütungen für Militärtransporte im Jahre 1914: 165 Millionen, im Jahre 1915: 263 Millionen Mark betragen haben.

Aus der Partei.

Kandidatenaufstellung in Berlin.

Die bürgerliche Presse meldet: „Im Landtagswahlkreise Berlin II stellt die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft an Stelle Dr. Liebknechts den früheren Redakteur des Vorwärts, Stadtverordneten Leid, als Kandidaten auf." — Die Notiz ist tendenziös aufgemacht, denn in Berlin gibt es keine Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, sondern nur eine Parteiorganisation. Nebenher existiert freilich noch eine Sonderorganisation, die unter Mithilfe des Parteivorstandes gegründet ist und sich „Diskutierklub Vorwärts" nennt. Diese Sonderorganisation ist vom rechten Flügel zur Bekämpfung der Berliner Parteiorganisation gegründet worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0002

Der preußische Staatshaushaltsetat.

Von Paul Hirsch.

Wenn der Voranschlag des preußischen Etats für 1917 ein der Wirklichkeit entsprechendes oder ihr doch nahekommendes Bild abgibt, dann ist der Einfluß des Krieges auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse geringer, als es bei der Aufstellung der ersten beiden Kriegsetats angenommen wurde. Das Rückgrat der preußischen Finanzen bilden bekanntlich die Einnahmen aus den Eisenbahnen und aus den direkten Steuern, und gerade diese beiden Einnahmepositionen sind beträchtlich höher angesetzt als im Jahre 1916.

Allerdings darf man nicht übersehen, daß die hieraus fließenden Ueberschüsse nicht in voller Höhe für die laufenden Ausgaben zur Verfügung stehen. Die Reinüberschüsse der Eisenbahnverwaltung können nur noch bis zur Höchstgrenze von 2,10 Prozent des zuletzt abgerechneten statistischen Anlagekapitals verwendet werden; soweit sie diesen Prozentsatz übersteigen, fließen sie dem Ausgleichsfonds zu, und von den Einnahmen aus den direkten Steuern müssen auf Grund des § 3 des Gesetzes betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer zunächst 100 Millionen Mark zur Deckung der Fehlbeträge der vorausgegangenen Etatsjahre verwendet werden.

Vom rein etatstechnischen Standpunkt aus wird man sich mit diesen Grundsätzen, an die die Regierung bei der Aufstellung des Etats gebunden ist, wohl abfinden können. Die Eisenbahnüberschüsse haben sich zwar-Jahre hindurch auf einer steigenden Linie bewegt, aber es hat auch nicht an Jahren gefehlt, wo die Ergebnisse weit ungünstiger waren. Noch schwankender sind die Einnahmen aus den direkten Steuern.

Konnte die Regierung früher etwaige Fehlbeträge eines Rechnungsjahres stets auf Defizitanleihe übernehmen, weil erfahrungsgemäß durch hinterher wieder eintretende günstigere Jahre die Ueberschüsse so hoch wurden, daß mit ihrer Hilfe die Fehlbeträge entweder ganz oder zum großen Teil wieder abgetragen werden konnten, so ist dies Verfahren heute, wo man die Gestaltung der Finanzen während des Krieges und nach dem Kriege noch gar nicht übersehen kann, unmöglich, denn würde sich ein Defizit an das andere reihen, so wäre schließlich die Anleihesumme so hoch, daß sie durch spätere Ueberschüsse kaum wieder abgestoßen werden könnte. Von diesen Erwägungen ausgehend hat denn auch der Landtag im vorigen Jahre der von der Regierung beantragten Neuordnung der Finanzen zugestimmt, zumal da er es in Uebereinstimmung mit ihr für unvereinbar mit einer gesunden Finanzwirtschaft hielt, daß Defizitanleihen, also Anleihen zu nichtverbrenden, sondern absolut unproduktiven Zwecken, in größerem Umfange aufeinanderfolgen.

Ein Zeichen der Zuversicht in die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist es, wenn die Regierung allein bei der Einkommensteuer mit einer Mehreinnahme von 147 Millionen Mark und bei der Ergänzungssteuer mit einer solchen von 14 Millionen Mark gegenüber dem laufenden Jahre rechnet; sie geht dabei von der Ansicht aus, daß sich die Einkommens- und Vermögensverhältnisse so gebessert haben, daß ungeachtet der Ausfälle, die der Krieg im Gefolge hatte, Ersparnisse und Rücklagen in entsprechender Höhe gemacht werden konnten. Ob diese Erwartung in Erfüllung geht, wird die Zukunft lehren. Eine Kleinigkeit bedeuten die 500 Millionen, die aus der Einkommensteuer, und die 80 Millionen, die aus der Ergänzungssteuer herausgeholt werden sollen, nicht, denn wenn man auch zugibt, daß in manchen Industrien im vorigen Jahre Riesengewinne erzielt und verhältnismäßig hohe Löhne gezahlt sind, und daß auch die Landwirtschaft glänzende Geschäfte gemacht hat, so darf man doch auf der andern Seite nicht übersehen, daß in mehr als einem Industriezweig eine völlige oder teilweise Arbeitslosigkeit herrschte und daß von den unter den Fahnen Stehenden nur ein ganz geringer Prozentsatz zur Steuer veranlagt werden kann.

Ebenso günstige, vielleicht noch günstigere Hoffnungen knüpft die Regierung an die Gestaltung der Eisenbahneinnahmen. Wenn sie auch mit erheblichen Ausgabeerhöhungen rechnet, nicht nur wegen der notwendigen Erhöhung des Ausgleichsfonds, sondern auch wegen der stärkeren Abnutzung des Betriebsparks und des Materials, wegen der erhöhten Ausgaben für Löhne, Bedarfsgegenstände usw., so schöpft sie doch daraus, daß der Verkehr sich mehr und mehr dem Friedenszustande genähert, der Güterverkehr teilweise sogar den Friedenszustand überschritten hat, die Hoffnung auf erhebliche Ueberschüsse.

Die Summe aller für das Rechnungsjahr 1917 veranschlagten Einnahmen der Eisenbahnverwaltung beläuft sich auf 2897 Millionen Mark, die Summe aller Ausgaben einschließlich der in den Ausgleichsfonds abzuführenden 1 207 348 Mark auf 2620 Millionen Mark, so daß sich im Ordinarium ein Reinüberschuß von 277 Millionen Mark ergibt. Bei den außerordentlichen Ausgaben ist die Verwaltung mit großer Vorsicht verfahren. Forderungen für neue Bauten sind nur in beschränkter Zahl in den Etat aufgenommen, weil die noch immer durch den Krieg beherrschten Zeitverhältnisse dazu zwingen, alle nicht unaufschiebbaren Bedürfnisse bis auf weiteres zurückzustellen. Die Geldmittel konnten daher überwiegend für bereits genehmigte Bauten angesetzt werden; hierdurch wird die Sicherheit gegeben, daß die Bautätigkeit, sobald dies nach der weiteren Entwicklung der Verhältnisse möglich und notwendig wird, wieder in vollerem Umfange aufgenommen werden kann.

Im Etat der Bergverwaltung sind die Preise der Erzeugnisse — der allgemeinen Steigerung entsprechend — höher angenommen worden. Infolgedessen erscheinen bei den Steinkohlen- und Erzbergwerken sowie den Hütten größere Roheinnahmen, bei den übrigen Werken Mindereinnahmen. Einem ganz bedeutenden Einnahmeausfall, der auf das Fehlen des Auslandsabsatzes zurückzuführen ist, begegnen wir bei den Bernsteinwerken.

Leider hat die Verwaltung auch in diesem Jahre wieder von der Beifügung einer besonderen Nachweisung über die Verkaufsmengen und Preise der Erzeugnisse der Staatswerke sowie von besonderen Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Werke Abstand genommen. Das eine aber geht deutlich aus dem Etat hervor, daß die ordentlichen Einnahmen aus den Staatswerken insgesamt auf 53,7 Millionen Mark höher geschätzt werden als im laufenden Etat, während die Summe der dauernden Ausgaben nur um 47,5 Millionen Mark steigt. Die Mehrausgaben sind in Höhe von 14,8 Millionen durch höhere Materialpreise und in Höhe von 26,8 Millionen Mark durch die Löhne bedingt, die trotz geringerer Belegschaft um diesen Betrag gestiegen sind. Trotzdem wird der Reinertrag der Bergverwaltung noch auf 22,3 Millionen Mark, gegen 20,9 Millionen Mark im laufenden Etat, geschätzt.

Aus den Domänen und Forsten dagegen werden nur 0,4 Millionen Mark mehr an Reinerträgen erwartet. Mindereinnahmen weisen die indirekten Steuern auf, der Ertrag aus den Stempelsteuern ist um 26 Millionen, der aus den Gerichtskosten um 35 Millionen herabgesetzt.

Die öffentliche Schuld erfordert eine Mehrausgabe von 45,4 Millionen Mark. Dieser Mehrausgabe steht eine Mehreinnahme von 34,5 Millionen Mark gegenüber, wovon allein 34 Millionen Mark auf den Anteil der Eisenbahnverwaltung entfallen. Beim Finanzministerium sind die Mittel für gesetzliche Witwen- und Waisengelder um 1,7 Millionen Mark gesteigert; für die nach dem Gesetz vom 21. Juni 1916 zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe im Postverkehr mußten 6 Millionen Mark bereitgestellt werden. Als Zuschuß zu dem Fonds für Unterstützungen an ausgeschiedene Beamte und an Witwen und Waisen von Beamten aller Verwaltungen sind im Extraordinarium des Etats des Finanzministeriums 3 Millionen Mark ausgebracht (statt 1,5 Millionen Mark für 1916).

Im übrigen ist der Etat im allgemeinen nach den Grundsätzen aufgestellt, wie dies für die Jahre 1915 und 1916 geschehen ist. Von der Streichung oder Kürzung solcher Positionen, die sich als Ausnahmegesetze darstellen, hat die Regierung bedauerlicherweise Abstand genommen; sie hat wieder einmal die Gelegenheit vorübergehen lassen, die Absichten, die sie hinsichtlich der von ihr verheißenen Neuorientierung hegt, auch nur symbolisch anzudeuten. (Vorwärts.)

Aus der Provinz.

Höherer Zuckerrübenpreis oder kein Zucker!

„Das ist in kurzen Worten die Drohung," so schreibt die in Berlin erscheinende Verbrauchswirtschaft im Kriege in ihrer Nr. 6, „die in neuester Zeit von landwirtschaftlicher Seite fortgesetzt wiederholt wird. Das Posener Tageblatt Nr. 601 berichtet über einen Beschluß, der im landwirtschaftlichen Verein Posen gefaßt worden sein soll, danach werden die neuesten Maßnahmen für den Zuckerrübenanbau 1917 nicht für ausreichend gehalten, um nur den letztjährigen Anbau zu erhalten. Der neue Preis von 2 Mk. für den Zentner sei viel zu niedrig. Die Resolution schließt: „Es muß daher eine Erhöhung des Rohzuckerpreises für 1917 bald erfolgen, sonst wird unser Volk eins seiner wichtigsten Nahrungsmittel nächstes Jahr mehr noch als bisher entbehren." Interessant ist, was demgegenüber im neuesten Wochenrückblick der Mitteilungen der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft gesagt ist. Es heißt da: „Die weitaus wichtigste Angelegenheit der Woche war, die Regelung der Zuckerrübenbewirtschaftung in der nächsten Kampagne, die, wenn auch nicht in vollem Umfange, so doch in den wesentlichsten Punkten den Wünschen der Rübenbauer Rechnung trägt, indem sie die Zuckerrübe gegenüber der Futterrübe wieder konkurrenzfähig macht." Also in den wesentlichsten Punkten ist den Wünschen der Rübenbauer Rechnung getragen worden, und trotzdem fordert man schon wieder: Es muß bald eine Erhöhung des Rohzuckerpreises erfolgen, sonst muß das Volk das wichtigste Nahrungsmittel entbehren! Das Hilfsdienstgesetz zwingt die männliche Bevölkerung von 17 bis 60 Jahren zum Arbeiten. Das Militärdienstpflichtgesetz zwingt alle männlichen Personen von 17 bis 45 Jahren Heim und Herd zu verlassen und ihr Leben einzusetzen. Gibt es keine Mittel, die die Landwirtschaft zum Bauen von Zuckerrüben „anreizen", außer einem fortgesetzt steigenden Preise? Man kann wirklich gespannt darauf sein."

Niedriger Ertrag der Hindenburgspende in der Provinz Sachsen.

In einem neuen Aufruf an die Landwirte wird u. a. mitgeteilt: „Nach der bisherigen zuständigen Aufstellung ist die Provinz Sachsen unter den Spendern eine der letzten. Ostpreußen hatte bereits in voriger Woche 100 000 Pfund aufgebracht, im Herzogtum Braunschweig hat allein ein einziger Landkreis, der Lüneburger, 15 200, ein anderer, Hameln, 13 400 Pfund gespendet. Und wie steht es in der Provinz Sachsen, von deren 52 Kreisen 39 Landkreise sind? Beschämend bisherl Zusagesamt sind nach den bekanntgewordenen Zahlen gerade 67 000 Pfund der Magdeburger Provinzialfleischstelle angemeldet. Durchschnittlich kommen also auf einen Kreis nicht einmal 2000 Pfund. — Den Landwirten wird dann nochmals erklärt: Noch ist es Zeit und Gelegenheit, ein paar Pfund Fett oder Speck an die Kreissammelstellen abzuführen. Niemand braucht etwas zu schenken, jede Gabe wird zu den üblichen Preisen bezahlt. Es gilt! Was in der nächsten Zeit von den Munitionsarbeitern verlangt wird, kann von ihnen nur geleistet werden, wenn ihnen eine höhere Menge Fett zugewiesen wird.

Merseburg. Ueber die Arbeitsverhältnisse der technischen und kaufmännischen Angestellten der Leunawerke wird uns geschrieben: Anläßlich der jetzt beginnenden Anwendung der Hilfsdienstpflicht ist es wohl angebracht, die davon Betroffenen über die Verhältnisse der technischen und kaufmännischen Bureauangestellten der auf den hiesigen Werken beschäftigten Firmen zu unterrichten. Die Lage der Werke zwingt die Angestellten, als Wohnort Halle oder Merseburg zu wählen. In letzterem Orte sind aber Zimmer nur noch schwer zu Kriegspreisen zu haben. Bei den vielfach geforderten langen Arbeitszeiten müssen die Angestellten ihre Wohnung infolge der Zugverbindung früh 5 Uhr verlassen, kommen aber vor 9 Uhr abends kaum nach Hause. Die Gehälter der Bureauangestellten sind im allgemeinen sehr niedrig, sie bewegen sich für verheiratete Techniker zwischen 190 bis 250 Mk., für kaufmännische zwischen 150 bis 200 Mk. für den Monat. Die Entlohnung der Ledigen ist noch entsprechend niedriger. Sie ist mithin — die wenigen besseren Stellen ausgenommen — geringer als die von den Organisationen durchgedrückten Löhne der Bau- und Eisenhandwerker und -arbeiter. Verschiedentlich bewilligte Kriegs- oder Teuerungszulagen sind praktisch ziemlich wertlos, da der Name länger als die Zulage ist. Reklamierte Techniker zogen es vor, wegen des höheren Verdienstes praktisch als Monteure oder Elektriker zu arbeiten. In den meisten Bureaus werden Ueberstunden und Sonntagsarbeit verlangt, in wenigen aber extra bezahlt. Eine Firma soll ihre Angestellten verpflichten, über die Gehälter Stillschweigen zu bewahren. — Es sei mithin allen empfohlen, vor dem Eingehen eines Vertrages zu prüfen, ob es ihnen bei der Teuerung und den Ortsverhältnissen auch möglich ist, auszukommen. Vielen, besonders Verheirateten, die gezwungen sind, von ihren Familien getrennt zu leben, wird das nicht möglich sein, wenn sie sich nicht aus eigener Tasche größere Zubußen leisten können. Die Hoffnung auf Aufbesserung der Anfangsgehälter ist meist trügerisch. Jeder Zusammenschluß der Angestellten fehlt, um so mehr, als sich die meisten durch den Krieg, als Reklamanten oder Hilfsdienstpflichtige, in einer Zwangslage befinden.

Burgliebenau. Die Frauenleiche, welche durch das Hochwasser auf forstfiskalischem Gebiete angeschwommen war, ist durch die zuständige Behörde zur Beerdigung freigegeben worden. Angehörige haben sich bis jetzt nicht gemeldet. Es ist anzunehmen, daß in unserer Umgebung niemand vermißt wird, daß die Tote aus weiterer Ferne stammt. Der Kleidung nach gehört sie dem Arbeiterstande an.

Zörbig. Kein Gas mehr. Vor einigen Tagen hat die hiesige Gasanstalt Kohlenmangels wegen die Abgabe von Gas eingestellt, so daß alle davon abhängenden Betriebe stillstehen mußten und in den Familien die aus allen Winkeln wieder hervorgeholten Petroleumlampen — wo nicht elektrisches Licht zur Verfügung stand — in Gebrauch genommen werden mußten.

Delitzsch. Zuteilung von Mager- und Buttermilch. Von heute ab wird die Mager- und Buttermilch nur noch gegen die Vorzeigung der Lebensmittelkarten verabreicht. Die Mager- und Buttermilch wird in den beiden städtischen Verkaufsstellen Hallische Straße Nr. 11 und Dübener Straße Nr. 15 täglich von 11 bis 1/4 1 Uhr in der Weise abgegeben, daß die Abnehmer nach den laufenden Nummern der Kundenlisten dieser beiden Verkaufsstellen abgefertigt werden. Die laufenden Nummern sind auf den Lebensmittelkarten vermerkt. Es erhalten Mager- und Buttermilch: jedesmal Montags die Nummern 1 bis 225, Dienstags die Nummern 226 bis 450, Mittwochs die Nummern 451 bis 675, Donnerstags die Nummern 676 bis 900, Freitags die Nummern 901 bis 1125, Sonnabends die Nummern 1126 bis 1350 und Sonntags die Nummern 1351 bis Schluß. Sollte an einem Tage die Milch nicht ausreichen, so werden die unbefriedigt gebliebenen Kunden am nächsten Tage berücksichtigt. Die Nummernfolge an den verschiedenen Tagen ist in beiden Verkaufsstellen die gleiche; sie ist von den Abnehmern unbedingt einzuhalten. In beiden Verkaufsstellen wird die Vollmilch täglich von 10 bis 11 Uhr unter Vorlegung der Milchkarten abgegeben. Von vorstehenden Anordnungen wird die Regelung in der Milchverkaufsstelle von Rudloff nicht betroffen.

Bitterfeld. Ihren Logiswirt bestohlen. Zwei jugendliche Arbeiter aus Bitterfeld hatten in Leipzig Arbeit gefunden. Sie gaben diese aber bald auf und kehrten nach B. zurück. Vorher erbrachen sie in ihrer Logiswohnung einen Schrank und entwendeten Nahrungsmittel, Werkzeuge und andere Gegenstände. Einer von ihnen wiederholte dann den Diebstahl nochmals. Sie wurden jetzt von der Strafkammer in Halle zu Gefängnisstrafen von ein und zwei Monaten verurteilt.

— Auf dem Eise eingebrochen und ertrunken. Zwei Kinder der Ottischen Eheleute aus Mühlbeck gingen Donnerstag nachmittag zum Bäckerei, ein Brot zu holen. Auf dem Rückwege statteten sie einer ausgetonten Grube, die zurzeit mit Wasser gefüllt und einer schwachen Eisdecke überzogen ist, einen Besuch ab. Bald brachen beide, ein Mädchen von 13 und ein Knabe von 10 Jahren, an der tiefsten Stelle ein. Einigen aus der Nähe hinzugerufenen Grubenarbeitern gelang es unter großen Schwierigkeiten, das Mädchen im letzten Augenblicke noch zu retten, während der Knabe bereits untergegangen war. Bei den Rettungsarbeiten fiel einer der Arbeiter, der das Mädchen aus dem Wasser ziehen wollte, durch das Nachbrechen des Eises selbst hinein, und nur durch Festhalten mit der einen Hand an der mitgebrachten Stange konnte er sich selbst und auch das Mädchen vor dem sicheren Tode retten.

Wittenberg. Der Schweinediebstahl in Schmilldendorf, wobei dem Landwirt Krieger drei Schweine gestohlen wurden, ist aufgedeckt. Als Täter sind von der Polizei drei Leute ermittelt worden, die in der Dresdner Straße und in der Kollegienstraße wohnen. Eine bei ihnen vorgenommene Haussuchung erbrachte reichliches Beweismaterial. Bei einem fand man ein halbes Schwein, sowie Ueberreste von Enten und Hühnern und auch ein größeres Stück Treibriemen; bei den anderen beiden wurden ebenfalls größere Mengen Fleisch gefunden. Alle drei Männer sind verhaftet worden. Man glaubt, durch die Untersuchung noch weiteren Diebstählen und auch Hehlereien auf die Spur gekommen zu sein.

— Magermilch darf künftig nur noch auf Lebensmittelkontrollbuch abgegeben werden, und zwar dreimal wöchentlich auf jede Person höchstens ½ Liter. Kundenlisten gedenkt der Magistrat nicht einzuführen; er empfiehlt die möglichst gleichmäßige Verteilung der Magermilch an die Verbraucher.

— Gaspreisänderung. Gas zu gewerblichen Zwecken kostet ab 1. Februar 15 Pf. für jeden Kubikmeter.

— Die örtlichen Kleinhandelshöchstpreise sind wie folgt abgeändert: Mohrrüben 12 Pf., Karotten 18 Pf. für 1 Pfund; weiße Kohlrüben 6 Pf., gelbe Kohlrüben 7 Pf. für 1 Pfund bei Entnahme bis zu 10 Pfund; bei größeren Entnahmen: weiße 5 Pf., gelbe 6 Pf. Gekochtes Rotfleisch ohne Knochen 2,40 Mk. für 1 Pfund. Für Grünkohl wird ein Richtpreis von 15 Pf. für 1 Pfund festgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Der Seemannsstreik in Rotterdam

beeinflußt die Schiffahrt bereits in erheblichem Maße. Verschiedene Schiffe, deren Bemannung noch drei Tage lang an Bord geblieben war, sind heute von der Mannschaft verlassen worden. Sie schlossen sich den Ausständigen an. Im Amsterdamer Hafen liegen ungefähr 600 Schiffe, so daß dieser einen Wald von Masten gleicht. Die Schiffe sind unbefrachtet und ihre Besitzer weigern sich, mit Ladung auszufahren. Am Merwedel-Kanal ist alles ruhig. Die Schiffer nehmen eine abwartende Haltung ein.

Allerlei.

Die Explosion einer englischen Munitionsfabrik

in Ostlondon wird als eine der schrecklichsten Explosionen bezeichnet, die sich je in London ereignet haben. Wie Reuter u. a. amtlich meldet, entstand in der Nachbarschaft der Fabrik ein Warenhaus- und Fabrikbrand. Die folgende Explosion wurde auf weite Entfernung wahrgenommen. Drei Reihen kleiner Häuser der unmittelbaren Umgebung wurden zerstört und es wurde großer Schaden an Privateigentum angerichtet. Die Zahl der Unglücksfälle ist noch nicht festgestellt. Nach einer späteren amtlichen Meldung wurden bisher zwischen 30 und 40 Leichen geborgen, 100 Personen wurden verletzt. Die Fabrik ist vollständig zerstört. Die Unfallstätte bietet einen entsetzlichen Anblick. Glühendes Eisen brach überall hervor. Mehrere Häuser mußten niedergerissen werden, um den Brand einzudämmen. Beim Wegbringen der Frauen und Mädchen aus den glühenden Gebäuden spielten sich herzzerreißende Szenen ab.

Explosion in Spandau. Am Sonnabendfrüh ereignete sich, wie W. T. B. meldet, im Feuerwerkslaboratorium in Spandau eine Explosion. Der angerichtete Materialschaden ist nur gering, die Betriebsstörung unbedeutend. Die Zahl der Toten beträgt leider 10, die der Verletzten 20.

Das Ende eines Riesenschwindels.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind wegen angeblicher großer Betrügereien, bei denen es sich um Millionen handelt, eine Witwe Meta Kupfer geb. Heinemann vom Kurfürstendamm 14 und ihre Tochter verhaftet worden. Die Familie Kupfer wohnte früher in Leipzig. Die Firma soll schon früher den Offenbarungseid geleistet haben. Nach Ausbruch des Krieges siedelte die Witwe zunächst allein nach Berlin über, begann mit Nahrungsmitteln zu handeln und gründete dann in der Bülowstraße eine „Nahrungsmittel- und Kriegsbesorgungs-Gesellschaft M. G. Kupfer". Als Grundlage diente ein „Notariatsakt", den Frau Kupfer selbst aufgesetzt, mit dem Namen eines erfundenen Notars unterschrieben und mit gefälschten Stempeln versehen haben soll. In die neue Gesellschaft nahm sie stille Teilhaber mit beliebig großem Kapital auf. Als solche Teilhaber erschienen in dem „Notariatsakt" Männer mit glänzenden Namen aus der Handelswelt und anderen hervorragenden Kreisen mit großen Einlagen. In dem Privatkontor erschienen bald ungezählte Leute, die ihr Geld der Gesellschaft zur Verfügung stellten. Die Austeilung der Zinsen im Mindestbetrage von 5 Prozent und hoher Gewinnanteile erfolgte auch immer pünktlich. Die glänzenden Geschäfte sprachen sich bald herum. Einer machte den andern auf die günstige Gelegenheit zur Kapitalsanlage aufmerksam. Die Gesellschaften, die Frau Kupfer häufig gab, trugen wieder dazu bei, den Kreis ihrer stillen Teilhaber immer von neuem zu erweitern. Frau Kupfer bestritt, wie es heißt, die fälligen Zinsen und Gewinnanteile stets aus den Einlagen neuer Teilhaber, die nicht nur aus Berlin, sondern auch aus Leipzig, Wien und anderen Großstädten stammten und unter denen auch gewiegte Kaufleute waren. Ein unvorhergesehener Stoß aber blies jetzt endlich das ganze Luftgebäude zusammen und die letzten Einleger büßen nach den bisherigen Feststellungen 2¾ Millionen Mark ein. Frau Kupfer berechnet ihren Umsatz auf 10 Millionen, ihre Privatausvendungen auf etwas über 100 000 Mk. Auf ihrem Bankkonto fand man noch 680 000 Mk.

Die geistige Verfassung der Kölner.

Sämtliche Kölner Zeitungen berichteten kürzlich, daß sich ein Kölner Gerichtsarzt vor Gericht außerordentlich abfällig über die geistige Verfassung der Kölner ausgesprochen habe. Der Oberbürgermeister als Vertreter der Kölner Bürgerschaft hat den Gerichtsarzt um eine Erklärung ersucht. Wie das Stadtoberhaupt nun den versammelten Stadtvätern feierlich kundgab, hat der Gerichtsarzt sich dahin geäußert, daß seine Aeußerung nur auf die jugendlichen Verbrecher zu beziehen sei. Die Stadtverordneten nahmen von dieser beruhigenden ärztlichen Erklärung gebührend Kenntnis. Der Kölner Karneval ist zwar während des Krieges verboten, aber die Kölner bleiben die alten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0003

Walhalla-Theater
Berlins größter Operettenschlager!
„Der Soldat der Marie"
Ausstatt.-Operette in 3 Akt. v. Buchbinder, Kren u. Schönfeld.
Musik von Leo Ascher. 3815
Marie . . . Frl. Dusedau vom Berliner Theater des Westens a. Gast.
Marietto . . . . . Frl. Hilde Blumann.
Marianne . . . . Frau Paula Borowski als Gast.
Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.
Anfang ½8 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrates über die Kartoffel-Versorgung vom 26. Juli 1916, R.-G.-Bl. S. 590, der Verordnung vom 1. Dezember 1916, R.-G.-Bl. S. 1316, über Kohlrüben und der Verordnung vom 26. Oktober 1916, R.-G.-Bl. S. 1204, über Höchstpreise für Rüben wird für den Stadtbezirk Halle folgendes angeordnet:

1. Auf einen Abschnitt der Kartoffelkarte dürfen **bis auf weiteres nur vier Pfund Kartoffeln** gekauft und abgegeben werden. Die Verkäufer haben beim Verkauf den für die betreffende Woche gültigen Abschnitt der Kartoffelkarte von dieser abzutrennen und gemäß Verordnung des Magistrates vom 5. Dezember 1916 **den Verkauf durch Angabe des Tages und der verkauften Menge in der Rubrik D des Lebensmittelscheines einzutragen.**

2. Personen, welche Kartoffelvorräte besitzen, **dürfen bis auf weitere Anordnung** von ihren Vorräten **ebenfalls wöchentlich nur 4 Pfund Kartoffeln für den Kopf verbrauchen.** Die hierdurch **ersparten Mengen müssen für den Verbrauch nach den 15. April ds. Js. verfügbar bleiben.**

Diese Anordnung gilt **nicht** für **Selbsterzeuger.**

3. **Die Abgabe** von unzubereiteten **Speise-Kohlrüben** unmittelbar an die Verbraucher und die Entnahme durch diese **darf nur** auf Grund von Ausweiskarten erfolgen. Für den Kleinverkauf gelten in den zwei Wochen vom **22. Januar bis 4. Februar als Ausweiskarten die Marken Nr. 1 und 2 der neuen Warenbezugsscheine,** und zwar die **Marke 1** für die **Woche vom 22. bis 28. Januar,** die **Marke 2** für die **Woche vom 29. Januar bis 4. Februar.** Auf jede dieser Bezugsmarken können **wöchentlich 2 Pfund Kohlrüben** abgegeben und entnommen werden. **Es ist zulässig,** den **Bedarf an Kohlrüben für 2 Wochen auf einmal** zu decken.

Die **Verkäufer** sind verpflichtet, beim Verkauf **die entsprechenden Marken** der Warenbezugscheine **abzutrennen** und **aufzubewahren.**

Nach Ablauf einer jeden Woche haben die **Kleinhändler die gesammelten Marken gleichzeitig** mit den gesammelten **Kartoffelkarten-Abschnitten, aber getrennt von diesen, dem Stadt-Ernährungsamt vorzulegen.**

4. Die Abgabe von Speise-Kohlrüben an Hotels, Schank- und Speisewirtschaften sowie an Verpflegungsbetriebe aller Art, insbesondere an Krankenhäuser, Lazarette, Gefängnisse, wohltätige Einrichtungen, Erziehungsanstalten darf nur auf Grund besonderer vom Magistrat ausgestellter Bezugscheine erfolgen.

5. Bei Abgabe von Speise-Kohlrüben durch den Kleinhandel darf der **Preis 8 Pfennig für das Pfund geputzte Kohlrüben** nicht übersteigen. Kohlrüben dürfen nur in geputztem Zustande an die Verbraucher abgegeben werden. Wird beim Verkaufe ein Zerteilen der Kohlrüben erforderlich, so darf die **Zerteilung nur der Länge nach** erfolgen.

6. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden gemäß den eingangs genannten Verordnungen mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen geahndet. Neben der Strafe können die Gegenstände auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

7. Die Verordnung tritt am Montag, 22. Januar, in Kraft.

Halle, den 19. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch.

In Ausführung des § 4 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 29. September 1916 wird die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Woche vom 22. bis 28. Januar bei den Fleischern entnommen werden darf, auf

200 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken dürfen von der Vollkarte nur die mit den Buchstaben 1 A — H bezeichneten Abschnitte, von der Kinderkarte nur die mit den Buchstaben 1 A — D bezeichneten Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speiseanstalten usw. verwendet werden. Auf jede dieser Fleischmarken dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Zunge, Speck oder Rohfett entnommen werden. Die übrigen 2 Fleischmarken (1 J, 1 K) bezw. 1 Fleischmarke bei der Kinderkarte (1 E) berechtigen **nicht** zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gastwirtschaften u. dergl. Sie dürfen **nur** zum Bezuge von Wildbret, Hühnern, Fleischkonserven, Fleischwaren in Feinkosthandlungen oder Fleischwaren ausländischer Herkunft verwendet werden. Die zuletzt aufgeführten Fleischwaren können anstelle von Schlachtviehfleisch auch gegen die mit 1 A — 1 H bezw. 1 A — D bezeichneten Abschnitte bezogen werden.

Halle, den 22. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Der Verkauf der der Stadt überwiesenen Eier wird am Dienstag den 23. Januar 1917, in der Talamtschule fortgesetzt.

Als Käufer werden die Inhaber der Lebensmittelscheine **mit den Nummern 6001 bis 12000 zugelassen. Die Abgabe erfolgt in der Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags an die Haushalte mit den Nummern 6001 bis 9000 und von 2 bis 6 Uhr nachmittags an die Haushalte mit den Nummern 9001 bis 12000.**

An jeden Haushalt werden soviel Eier verabfolgt, als Hausbaltsangehörige auf dem Lebensmittelscheine verzeichnet sind.

Der Verkaufspreis beträgt 25 Pfennig für das Stück. Beim Verkauf ist der Lebensmittelschein vorzulegen. Das Publikum wird ersucht, abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereit zu halten.

Der Umtausch ist nur innerhalb 3 Tagen gestattet.

Halle, den 22. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Kinder-Speisung.

Die Eltern derjenigen Kinder, die zur Zeit an der Kinderspeisung teilnehmen, werden aufgefordert, am **Mittwoch, den 24. ds. Mts.,** die für die an der Speisung teilnehmenden Kinder bestimmten Kartoffel- und Fleischkarten den Kindern zur Schule mitzugeben, damit die entsprechenden Marken abgetrennt werden können. Von der Kartoffelkarte wird die Marke Nr. 13 für die Zeit vom 22. Januar bis 18. Februar, von der Fleischkarte werden für jede Woche 2 Fleischmarken abgetrennt.

Halle, 22. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Die Apothekenbesitzer und Inhaber der Drogen-Geschäfte werden darauf hingewiesen, daß **für den Monat Januar die Abgabe eines zweiten Briefschens „K-Packung" an jeden Haushalt** zugelassen ist.

Eintragung des Verkaufs hat in **Spalte A 5** des Lebensmittelscheines zu erfolgen.

Halle, den 19. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Aufruf!

Am 6. März 1916 vormittags gegen 9 Uhr stieß in der Delitzscherstraße an der Ecke Canenaer Weg ein Straßenbahnwagen der Linie C, auf der Fahrt nach Reideburg begriffen, mit einem leeren Kohlengeschirr zusammen, wodurch der Geschirrführer aus der Schaukelle fiel und unter sein Geschirr zu liegen kam. Augenzeugen des Vorfalls werden ersucht, ihre Wahrnehmungen im Rathaus, Zimmer 21, **baldigst** mitzuteilen. Für versäumte Arbeitszeit und Auslagen wird Vergütung gewährt.

Halle, 19. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Die
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei
e. G. m. b. H. :: Halle, Harz 42/44
hält sich zur
Ausführung von Druckaufträgen jeder Art
für
Gewerbe, Handel, Industrie und Privatbedarf,
insbesondere den
Konsumvereinen, Krankenkassen, Gewerkschaften u. a. Vereinen etc.
bestens empfohlen.
Sauberste Herstellung, auch in Kunst- und Mehrfarbendruck.
Vorteilhafte maschinelle Einrichtungen und Stereotypie
ermöglichen die schnellste Anfertigung grösserer Auflagen.
7

Das Volksblatt für jedermann!
Das
Volksblatt
durch Postbezug
die billigste politische Tageszeitung
im Bezirk.
Die Bezieher des Volksblattes außerhalb des Verbreitungsbezirks und in kleinen entlegenen Orten, wo die Zustellung durch eigene Austräger nicht möglich ist — was dann in der Regel auf andere Blätter auch zutrifft —, erhalten das Volksblatt am billigsten und schnellsten
durch die Post für 70 Pfg.
monatlich und 14 Pfg. Bestellgeld (vierteljährlich 2.10 Mk. und 42 Pfg.).
Volksblatt-Leser,
welche ihren Aufenthalt für längere Zeit nach Orten verlegen müssen, in denen die Zustellung des Volksblattes z. Zt. durch eigene Austräger nicht erfolgt, wie
zum Hilfsdienst Eingezogene
und aus anderen Gründen auswärts Arbeitende, bestellen das Volksblatt bei dem für ihren Wohnort zuständigen Postamt oder bei dem mit der Postzustellung betrauten Postboten. — Die Bestellung kann für einen oder auch mehrere Monate erfolgen.
Verlag Volksblatt G. m. b. H. Halle,
Harz 42-44.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung und bei entsprechendem Lohn für unseren Betrieb
ungelernt. Arbeiter
in größerer Zahl. Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an:
Arbeitsnachweis der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22. *1303

Auf Grund der Verordnung des Magistrats vom 13. Januar 1916 wird die **Verteilung der Butter** in der Woche vom 22. bis 28. Januar 1917 (27. Woche) folgendermaßen geregelt:

Es entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 55 Gramm. Die Menge, welche an die einzelnen Haushalte abgegeben werden kann, bestimmt sich nach der Zahl der Angehörigen des Haushalts, die sich auf der Fettkarte ergibt.

Der Verkauf beginnt am **Dienstag** den 23. **Januar.** Er erfolgt auf Grund des für die 27. Woche gültigen Abschnittes der Fettkarte in den Geschäften, in denen die Käufer in die Kundenliste eingetragen sind.

Der Verkäufer hat beim Verkauf den Abschnitt der 27. Woche der Fettkarte abzutrennen und den Verkauf in der Kundenliste anzumerken. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadt-Ernährungsamt, Schmeerstraße 1, III., Zimmer 26, am Montag den 29. Januar abzuliefern.

Militär-Urlauber erhalten die Butter auf Grund von Butterscheinen nur auf dem städtischen Markt (Talamtschule).

Halle, den 20. Januar 1917. **Der Magistrat.**

Gegen die Lebensmittelhändlerin **Marie Heutschel** aus Halle, Seebenerstraße 9a, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts hier vom 12. 10. 1916 wegen Vergehens gegen § 5 I der Bekanntmachung des Bundesrats vom 23. Juli 1915 — 13. 3. 1916 (übermäßiger Preisforderung) eine Geldstrafe von 5 Mk. oder 1 Tag Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, den 17. Januar 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Schulbücher aller Art
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Apollo-Theater
Täglich, abends 7½ Uhr:
Zum 1. Male in Europa!
„Indien in Europa"
Großer exotischer Dressurakt.
!!! Elefanten, Kamele, Pferde !!!
3811
Harry Morton,
der berühmte Ausbrechkönig in seinen Entfesselungskünsten
und die übrigen großen Attraktionen.

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Dienstag, den 23. Januar 1917:
Am Teetisch.
Lustspiel in 3 Aufzügen von Karl Sloboda.
Mittwoch den 24. Januar 1917, nachmittags:
Dornröschen.
Abends: 3814
Don Juans letztes Abenteuer

Verordnung.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung und des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1915 betreffend die Abänderung des Gesetzes über den Belagerungszustand wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit verordnet:

1. Die Versendung und Ueberbringung von auf Reichsmark lautenden Geldsorten, Banknoten, Reichskassenscheinen und Darlehnskassenscheinen, Anweisungen, Schecks und Wechseln nach dem Ausland ohne schriftliche Genehmigung des Reichsbank-Direktoriums ist verboten.
2. Eine im Inland ansässige Person darf zugunsten einer im Ausland ansässigen Person nur mit schriftlicher Genehmigung des Reichsbank-Direktoriums
   a) Markguthaben bei einem Inländer begründen,
   b) über Markguthaben, gleichviel ob sie im Inland oder Ausland bestehen, verfügen.
3. Die Bestimmungen zu 1 und 2 gelten nicht bei Beträgen bis zu 1000 M.

Zuwiderhandlungen werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 M. erkannt werden. *1329

Magdeburg, den 12. Januar 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Teppiche, Portieren,
Friedens-Qualitäten, im
Kaufhaus H. Elkan,
Leipzigerstraße 87. 3810

*1330 **Brennholz,**
neu, klein geschnitten, verkauft in Waggons, Fudren und Zentnern
G. Lindner, Tholuckstr. 6.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Kräftiger Hausbursche
für ein Pferd sofort **gesucht.**
*1331 Trotharstr. 22.

Dtsch. Bauarbeiter-Verband,
Zweigverein Halle.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 19. Januar unser langjähr. Verbands-Mitglied, der Maurer

Hermann Braune

nach langem, schwerem Leiden im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

3813 **Der Vorstand.**

Verband der Glaser.

Dem blutigen Weltkrieg zum Opfer fiel, durch Kopfschuß, unser Kollege, der Musketier

Karl Döring,

21 Jahre alt. 3809

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm seine Kollegen!

Tieferschüttert erhielt ich die traurige Nachricht, daß am 8. Januar mein heißgeliebter, mir unvergeßlicher, treuer Gatte, unser hoffnungsvoller Sohn, Schwiegersohn, lieber Bruder, Schwager, Onkel und Neffe, der

Gefreite Richard Reinicke

(Infanterie-Regiment 407, 10. Komp.)

auf einer Patrouille, kurz vor seinem Urlaub, im Alter von 31 Jahren, den Heldentod erlitten hat.

In unsagbarem Schmerze:

Aenne Reinicke geb. Schlegel.

Halle, Albert-Schmidtstraße 9, und Krosigk.

Geliebt, beweint und unvergessen! 3812

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0004

Halle, 22. Januar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 18 — 1917

261

Die achte Todsünde.

Roman von Ludwig Bendler.

Nachdr. verb.

Vierzehntes Kapitel.

Der Wahlberg während seiner diesjährigen Ferien in Brunnen am Vierwaldstätter See beobachtete und gegen frühere Vergleiche anzustellen in der Lage war, dem mußte seine Ruheloseigkeit in diesem Sommer ganz besonders auffallen.

Bisher hatte er immer nur süßes Nichtstun seine Beschäftigung auf diesem herrlichen Flechchen Erde sein lassen, diesmal entrollte er ein Bild reger Tätigkeit. Bald fuhr er hierhin, bald dorthin, aber nicht, um, wie die meisten anderen Besucher der Schweiz, Vergnügungstouren zu unternehmen.

Bern, Zürich, St. Gallen, Winterthur waren die Plätze, denen seine Besuche galten, ja sogar nach Basel und Genf scheute er die schon weitere Reise nicht, um dort persönlich, was er sonst jederzeit den Agenturen überlassen hatte, Abschlüsse für den kommenden Winter in die Wege zu leiten.

Sein Vorhaben dabei war, jetzt mit den betreffenden Unternehmern nicht nur in eigner Sache, sondern zugleich auch wegen Charlottes, die er als einen aufgehenden Gesangsstern rühmte, zu verhandeln, auch ihr Engagement zu größeren Veranstaltungen zu befürworten.

Bei dem unbedingten Ansehen, dessen sich der Professor erfreute, gelangte er mit seiner Empfehlung denn auch nicht selten zum Ziel. Bald war erreicht, um was er sich bemühte. Er konnte Charlotte mitteilen, daß sie mit ihm für einige Konzerte vornehmen Stils verpflichtet sei.

Kein Wunder, daß bei einer Bewegtheit, wie er sie entwickelte, seine vier Wochen in Brunnen schneller als sonst herumgegangen waren, und er gar bald vor der Frage stand: Wohin jetzt, was zunächst beginnen, um auch seine Heiratsangelegenheit mit Charlotte vorwärts zu bringen.

An seinen Anwalt hatte er geschrieben, der aber weilte — leider —, wie zur Jetztzeit alle Welt, in der Sommerfrische. Was war zu tun?

Mit Aerger und Mißbehagen stand Wahlberg den unseligen Familienverhältnissen Charlottes gegenüber, die es ihm, dem Unrechtgewohnten, unmöglich machten, mit seiner nochmaligen Herzenswahl ehrlich ans Licht zu treten. So düster war ihm die Lage anfangs doch nicht erschienen. — Leicht und schnell hatte gerade er zur Vermählung schreiten können, statt dessen mußte er gar noch grübeln, wie es möglich war, sich seiner Braut zu nähern, ohne Aufsehen zu erregen.

Wie war er während seiner zweimonatigen Ferien nach Hause gekommen. Wie würde ein jeder aufmerken, wenn es diesmal geschähe.

Aber halt, da stieg ihm ein Gedanke auf — Baireuth!

Charlotte war Sängerin —, sie mußte hören, sie mußte sehen, lernen und, wenn auch die Bühne nicht ihr künftiger Platz war, immerhin lag es nahe, daß auch sie in Baireuth war, um dort zu profitieren. Ihre Reise dahin konnte niemand, selbst Marianne nicht, auffallen.

Ebenso rasch, wie ihm die Idee gekommen, ging der Professor an die Tat.

Um aber den Plan im Lichte größter Harmlosigkeit und lediglich als eine erzieherische Maßregel erscheinen zu lassen, beschloß er, dessen Ausführung ganz öffentlichkeit mit in die Hände seiner Wirtschafterin zu legen. Er schrieb Marianne, er werde etwas früher, als ursprünglich beabsichtigt, nach Baireuth fahren und halte es für wünschenswert, daß auch Fräulein Eich den Ring, Lohengrin und Parsifal, die in diesem Jahre dort zur Aufführung kämen, an der ureigensten Stätte des Wagnerkultus höre. Marianne solle das Fräulein Eich von ihm ausrichten, sie veranlassen, am 5. August in Baireuth einzutreffen und ihr zu dem Zwecke hundert Mark Reisegeld einhändigen. Passendes Unterkommen werde er besorgen, Eintrittskarte liege auch bereit. Er zweifle nicht, daß es Marianne Freude machen werde, Fräulein Eich dorin seines Wunsches und dieser Einladung zu sein.

In der Tat fühlte sich denn auch Marianne nicht wenig beteiligt an der frohen Ueberraschung, die Charlotte zugedacht war, und rüstete sich unverzüglich, wie ein jeder Angenehmes gern bald ausrichtet, sie ihr zu bereiten.

Nach kaum einer halben Stunde stand sie pochend vor Charlottes Zimmertür.

„Herein!" rief es.

Marianne, die trotz aller mißlungenen Versuche immer noch einmal gern musikalisch auftrat, wollte in dem Bestreben, „Einsam in trüben Tagen" als Einleitung ihrer Sendung zu intonieren, das Zimmer betreten, aber „Elsas Traum" löste sich bereits auf der Schwelle in Wohlgefallen auf. Es ging nicht und, obgleich sie sich furchtbar quälte, ihre Stimme frei zu räuspern, gelang es ihr schlecht. Reumütig mußte sie ihre Zuflucht wieder zum Sprechton nehmen und tat dies, indem sie geschickt überleitend erklärte:

„Ja, ja, auch den Lohengrin werden Sie in Baireuth zu hören bekommen, Fräulein Charlotte."

Verdutzt schaute die Angeredete auf. „Den Lohengrin, in Baireuth, ich? Was ist denn das für ein Scherz?"

„Kein Scherz. Um ehrlich zu sein, ich habe vom Herrn Professor den Auftrag, Sie dorthin zu senden."

„Mich? Nicht möglich."

„Hier sein Brief. Am fünften August sollen Sie da sein."

Charlotte, die bis jetzt ganz ahnungslos gewesen war, las, las zum zweiten Male, und es schlte ihr denn auch nicht an Auffassungsvermögen, sich schnell in Wahlbergs Taktik hineinzuversetzen. Weshalb er sie nach Baireuth entbot, warum nicht direkt, sondern welche Gründe ihn bestimmten, Mariannes Vermittlung in Anspruch zu nehmen, alles das überfah sie im Handumdrehen. Ihre Freude war außerordentlich, und sie ließ ihr frei die Zügel.

„Ach, der gute, der einzige Mann, wie er immer nur darauf bedacht ist, mich zu fördern."

„Ja, Sie haben Glück, wirklich Glück," bestätigte Marianne. „Wenn man Ihnen nicht so gut wäre, könnte man Sie schier beneiden. Ach, hätte auch ich mit meiner Stimme damals solchen Beschützer gefunden —! Jedenfalls ist es nötig, daß Sie in Baireuth, wo es sehr elegant zugehen soll, von zur Festspielzeit ein mächtiger Zusammenstrom von Fremden stattfindet, etwas Toilette machen. Also gleich mal zu einer Besichtigung Ihres Sommerstaats. Was fehlt, müssen wir fertig kaufen, denn vier Tage Zeit sind zu wenig, um eigene Schneiderei anzufangen. Wie steht's mit den Hüten, ist Ihr Schuhwerk im Stande?"

Und die gute Marianne entwickelte wieder eine Rührigkeit, ihren Günstling Lerauszustaffieren, daß der Professor als Zeuge schmunzelnd zugeschaut haben würde.

Am vierten August, abends, begleitete sie Charlotte, deren Abreise gegen 10 Uhr erfolgen sollte, zum Bahnhof.

„Aber dankbar gegen die alte Marianne, Fräulein Charlotte, sind Sie nicht," beklagte sie sich noch kurz vor Abgang des Zuges, vor dem Wagenabteil stehend.

„Inwiefern?"

„Mich nicht ein wenig in das — „andere" Einblick gewinnen zu lassen —

„In das andere?" Charlotte erstaunt. „Wo sollte das hinzus?

„Nun ja. Der Brief aus Halle —?"

„Wie kommen Sie auf den?" fragte Charlotte bestürzt. „Wer sagte Ihnen überhaupt davon?"

„Um ehrlich zu sein, — Frau Rosenbach."

„Ah, Frau Rosenbach — unerhört! Sie spürt meinen Briefen nach?"

„Und später fiel dann auch mir Ihre mehr als vortreffliche Laune auf. Da Halle aber doch ganz nahe Ihrer Heimat liegt —"

„Allerdings. Ach so — da zogen Sie den Schluß —" Hier atmete Charlotte wieder auf. Gott sei Dank, Marianne besand sich auf falscher Fährte. „Jetzt verstehe ich und — ganz gewiß ja, ja —" was konnte der Alten das Glaubwürdigste erscheinen? — „ein kleines Erbteil, das mir zugesprochen wurde —"

„Ein kleines Erbteil — so, das war's?"

„Freilich das." Der Zug setzte sich in Bewegung — gerade rechtzeitig. „Adieu, Marianne!"

„Adieu, Fräulein Charlotte. Viele Grüße an Herrn Professor und — schreiben Sie bald!"

Marianne war froh, zu guterletzt noch etwas Zuverlässiges erfahren zu haben, Charlotte, daß sie den unvermuteten Angriff auf ihr und Wahlberg Geheimnis, durch den sie fast in Verwirrung geraten wäre, glücklich abgewehrt hatte. — —

(Fortsetzung folgt.)

Aus den Tagen des Wiener Kongresses.

Wir lesen in der Münchener Post: Inmitten der Tage des Wiener Kongresses (1814) schrieb Varnhagen von Ense in sein Tagebuch: „Der Wiener Tag schien aus besonderem Stoffe gemacht. Was er berührte, nahm er in sein Behagen auf. Was jedermann täglich muß und will, und doch meist nur gleichgültig abtut, essen und trinken, sich ergehen, umherschauen, alles wurde in dieser Lebensgewöhnung unwiderstehlich zum Vergnügen und Genuß." Der Mann der Rahel hatte mit diesen seinen Bemerkungen völlig recht, nur hätte er noch hinzufügen müssen, „und Liebesverhältnisse anspinnen". Denn auch darin bestand eine der Hauptbeschäftigungen der erlauchten Versammlung.

Ach, sie waren alle so selig, daß die Zeiten des großen Umsturzers Napoleon vorüber waren, daß man die französische Revolution nur mit züchtigem Entsetzen nennen konnte und daß sich die Tage des Ancien Régime zu erneuern schienen, in denen die Welt erst mit dem Baron begann. Der klumpfüßige Fürst von Talleyrand, „die Katze, die stets auf die Füße fiel", der sich aus einem Bischof in einen Jakobiner, aus einem Jakobiner in den Minister Napoleons umgewandelt hatte, um nun wieder der vornehme Grandcigneur zu werden, der den allerchristlichsten König Ludwig XVIII. auf der großen Fürstenversammlung vertrat, sagte voll Hohn: „Die ganze Frage der Zeit ist, die Antichambre (das Vorzimmer) will in den Salon." Es waren entzückende Tage für die oberen Zehntausend und daß es so etwas wie Völker gab, vergaß man völlig. Alle gekrönten Häupter Europas und alle ehemals gekrönten, bis herab zu dem kleinsten deutschen Standesherrn, fanden sich an der blauen Donau zusammen und dazu ein ungeheures Heer von Glücksrittern, Intriganten, von adeligen und anderen Dirnen. Die Politik wurde zwischen einem Liebesabenteuer und einem guten Diner von Metternich traktiert und sein Getreuer Gentz badete bald mit einer Jungfrau, bald mit einem JünglING gemeinsam und steckte die ungeheuren Trinkgelder der fremden Mächte vermutlich in seine weiten Taschen. Ja, er führte darüber sogar eine gewissenhafte Buchhaltung, das einzige Gewissenhafte in seinem ganzen Leben.

Weit feierlicher als die offiziellen Kongreß-Sitzungen war jene berühmte Sitzung bei einem Diner des Fürsten von Ligne, an dem Talleyrand, der General v. Steigentesch, La fourchette vivante (die lebende Gabel), der sich einige Jahre später buchstäblich zu Tode aß, an dem Hardenberg, de la Garde, Nesselrode und andere berühmte Feinschmecker teilnahmen und bei der Fromage de Brie feierlich zum König der Käse gekrönt wurde. Diese Krönung war bedeutsamer als die Entthronung oder Krönung anderer Könige. Manche nannte man nur ungern, und der keusche Talleyrand erwähnte niemals Joachim Murat als König von Neapel, obwohl er dort residierte, sondern sagte nur, „der Mann, der zufälligerweise jetzt in Neapel an der Spitze des Gouvernements steht". Sechs Monate zuvor hatte er ihn als allerunbändigsten König angeredet.

Und gar erst das Liebesleben! Von den interessanten Damen, wie der Tänzerin Biagotini, von den drei Schwestern Preindl wollen wir ganz schweigen, obwohl ihre Liebe bis zu 100 000 Gulden für einen erfolgreichen Abend bezahlt wurde, und obwohl der greise Fürst von Ligne einmal zu einer jener Schönen sagte: „Madame, ich habe für Sie die ganze Nacht wie ein junger Herr gearbeitet." Aber von den hochgestellten Frauen, die den Kongreß und dessen Abendstunden so sehr verschönten, seien noch einige erwähnt. Da war die reizende Herzogin von Kurland, die Allerweltsdame, wie sie genannt wurde, da war die Prinzessin Gabriele Lobkowitz, la beauté qui inspire seule le vrai sentiment, da war die Gräfin Julie Festetics, la beauté céleste, da war die Gräfin Sophie Stackelberg, la beauté triviale, da war die Prinzessin Therese Thurn, la beauté étonnante, die Lady Katharine Wilde, la beauté coquette, und endlich die Gräfin Gabriele Hunyadin, la beauté du diable. Und um alle diese Schönheiten bewarben sich gekrönte Häupter. Der Wiener Polizeibericht (neuerdings ausgegraben vom Wiener Historiker August Fournier) bringt darüber amüsanten Interessantes und berichtete unter anderem, daß Kaiser Alexander mit seiner Gemahlin nicht im besten Einvernehmen lebe: „Man sieht sie nie zusammen speisen, sondern die Kaiserin ist bei ihrer Schwester, der Königin von Bayern, täglich zu Gast, und man vernahm es auch, daß er, als man laut ihre Schönheit pries, bemerkte, er könne dies nicht finden." Er fand freilich die Beauté étonnante noch viel schöner und noch sehr viele andere Damen. Und wie er, machten es viele andere nachgeborene Herren! Der gute Max Joseph I. von Bayern war dagegen viel bürgerlicher und kaufte selbst seine Kleider bei einer sehr hübschen Bäckersfrau, und König Christian von Dänemark gewann dadurch die Herzen aller Wiener, daß er jeden, auch den er nicht kannte, zuerst grüßte. Andere hochgestellte Persönlichkeiten waren nicht ganz so harmlos. Lord Stewart mußte Wien verlassen, nachdem er fürchterliche Prügel von einem Fiakerkutscher gerechterweise empfangen hatte, den er zu abreisegen gedachte, und gar der Großfürst Konstantin, der sein österreichisches Kürassier-Regiment und dessen Obersten, den Fürsten Windischgrätz, mit der Kehrseitsche behandeln wollte, was ihm vorbeigelang, reiste bei Nacht und Nebel schleunigst in die Gegenden zurück, wo er Fürsten unaestraft prügeln konnte.

Ja, es war eine reizende Zeit, und wenn sie auch dem guten Kaiser Franz täglich 1½ Millionen Gulden kostete, so hatte er es nicht zu bereuen. Er machte sein Geschäft dabei, und als Rußland und Preußen unwillig zu werden drohten, schlossen Oesterreich und England mit dem besiegten Frankreich, mit Bayern und einigen anderen Staaten einen vertrauten Kriegsbund ab, um über die Bundesbrüder von gestern herzufallen. Napoleon fand den Vertrag, als er von Elba zurückkehrte, im Geheimsekretär Ludwigs XVIII. und schickte ihn an Alexander von Rußland, der ihn in Gegenwart des nicht erröstenden Klemens Metternich verbrannte.

Nur ganz mitunter machten sich mystische Regungen bemerkbar. Wenn Alexander und Hardenberg gar zu sehr sich den heiteren Freuden der Liebe ergeben hatten, dann gingen sie zu schwärmerischen Prophetinnen und ließen sich von ihnen zerknirschende Bußpredigten halten. Und in der Augustinerkirche sprach der zum Mönch bekehrte Zacharias Werner, der ehemals in seinen Dramen Luther so gefeiert hatte, und verdammte von der Kanzel herab das „kleene Stückchen Fleesch", das so viel Unheil seit Adams Tagen über die Welt gebracht hatte. Und als er rief, „Ich will es euch zeigen, dieses kleene Stückchen Fleesch", und die Zuhörer entsetzt aus der Kirche flüchten wollten, streckte er ihnen die Zunge heraus und sagte: „Dies ist es. Ihr habt an etwas anderes gedacht."

So verging zwischen Liebesabenteuern, Diners, Redouten, Maskenfesten, Hasardspiel, Zoten, Mystizismus, Predigten und Liebeleien die Zeit des Kongresses, dessen erhabene Frucht die heilige Allianz wurde, die Europas gesamte Völker unter die Vormundschaft dreier Männer stellen sollte, die meinten, der heilige Geist habe sich auf ihre erhabenen Häupter niedergelassen, in und auf denen allerdings sonst sehr wenig Geist zu finden war. Die Völker ernteten von den Befreiungskriegen 33 Jahre harter politischer Knechtschaft.

Diese Zeiten sind für immer vorbei. Die Völker Europas, die heute im gewaltigsten Ringen gegeneinander wüten, werden, wenn einst der Friede wieder im Lande herrscht, darauf dringen, ihr Geschick für alle Zeiten selbst in die Hand zu nehmen, und kein Talleyrand und kein Metternich und keine Intrigen und Listen dürften dies verhindern.

Kleines Feuilleton.

Zur Prothesenkunst.

Der Dresdner Unteroffizier Preißer, der im Felde die rechte Hand verlor, hat eine Prothese erfunden, die ihn zum Maschinenschreiben, Klavier- und Mandolinespielen und anderen komplizierten Betätigungen befähigt. In einem Vortrage, den er vor der Gesellschaft für Natur- und Heilkunde in der Dresdner Kunstgewerbeschule hielt, sagte er über seine Erfindung:

Immer wieder bringen die verschiedensten Fachzeitschriften Artikel und Abhandlungen, die die Höhe der Technik in der Herstellung von künstlichen Gliedmaßen und Ansatzstücken, auch Prothesen genannt, feiern. Während, was Füße anbelangt, man tatsächlich etwas Brauchbares und beinahe Vollkommenes geschaffen hat, kann man dies von den Händen noch nicht sagen.

Aus all diesen Gründen und Erwägungen heraus kam ich zu dem Entschluß, mir meine Prothese selbst zu erbauen. Die Prothese, die ich zum Maschinenschreiben benutze, ist aus Weißblech, und zwar dem biegsamsten, das es gibt. Die Tute ist gefertigt nach Gipsabguß. Ein aufgelöteter Arm mit einem Gummiknopf versehen, ersetzt den Finger und hilft, wie die rechte Hand, bei allen Arbeiten.

Die anderen Prothesen gehören zu einem Apparat, zu meiner Universalprothese. Vermittels einer gleichen Blechtute, wie die soeben gezeigte, trage ich die künstliche Hand. Hänge ich dieselbe aus, was nur einen Druckteil einer Sekunde benötigt, so kann ich in diese selbe Prothese die Kleiderbürste einsetzen, ebenso die Handwaschbürste, den Feilengriff mit Feile, den Hammer, das Beil. Kurz, jeder Gebrauchsgegenstand, der sich mit diesem für wenige Pfennige herzustellenden Ansatzstück versehen läßt, kann eingesetzt und gehandhabt werden. Natürlich bedarf es hierbei keiner Zeit etwa zum Lernen, denn der Gebrauch ist eben wie früher.

Naturgemäß drängt sich die erste Frage auf: Kann man auch damit schreiben? Ja, ich schreibe damit und, wie Sie sehen, so vorzüglich, daß nur wenig Rechtschreiber eine so schöne ausgeschriebene Handschrift haben; denn ich schreibe alle nur möglichen Zierschriften, stenographiere, male und zeichne usw. Auch diese Schreibprothese wird nur eingesetzt, und diese selbe Prothese, ist es auch, mit der ich esse. Da sich alle eingesetzten Gegenstände um zwei sich kreuzende Achsen bewegen, so kann jede nur irgend gewünschte Lage eingenommen werden. Hier richtet sich die Prothese ganz nach dem Benutzenden, nicht daß sich derselbe nach der Prothese richten muß. Das Ihnen soeben zu Gehör gebrachte Mandolinenspiel gibt Ihnen ferner den Beweis, daß man mit Hilfe dieser Prothese auch die feinfühligsten Arbeiten, was namentlich für Lehrer, man kann ja auch mit Kreide, wie früher, schreiben, Zeichner, Ingenieure usw. von ganz außerordentlicher Bedeutung ist. Da es nun nichts zu schnallen und zu schrauben hieran gibt, so dürfte diese Prothese wohl als ideal angesprochen werden.

Ueberhaupt man alle diese Hilfsmittel, so spricht daraus deutlich, daß ich nicht auf dem Standpunkte stehe, daß ich, wie so manche andere prothesenbauende Firma, mit einer Prothese schwere und auch leichte Arbeiten verrichten will, sondern, daß auch je nach der schweren Arbeit die Prothese sich danach richtet. Denn beides mit einer und derselben Prothese zu verrichten, halte ich für ein Unding. Wenn einer es dennoch kann, so ist dies noch lange nicht der Beweis dafür, daß dies als etwas Feststehendes angenommen wird. So gut wie es bei den normalen Menschen nicht immer geht, daß ein Schwerarbeiter gleichgut leichte Arbeiten und der nur Leichtarbeitende auch schwere Arbeiten verrichten können, also so gut wie es bei den gesunden Menschen nicht immer geht, um so schärfer tritt dies bei den mit Prothesen Arbeitenden hervor.

Im Grunde genommen bringe ich nichts Neues; denn alles ist so einfach und so billig, daß andere Prothesen und gar etwa künstliche Hände usw. gar nicht in Vergleich gezogen werden können. Zu dem kommt noch, daß der damit Arbeitende nicht erst lernt, sondern er kann vermittelst der versteldaren Prothese in seiner Eigenart bleiben."

Menschlichkeit im Kriege.

Von der Sommerfront wird geschrieben: Als Sanitätssoldat war ich bei einem äußeren Angriffe tätig. Von Schützengräben war nichts mehr zu finden, nur Granatlöcher und Trichter. In einen hatten wir uns, mein Kamerad und ich, hineingelegt. Wir blieben darin, obgleich der Angriff abgeschlagen war. „Otto," sagte mein Kamerad, „wie kriegen wir nur unsere Verwundeten weg? Ich möchte vorschlagen, wir nehmen unsere beiden Armbinden zusammen, stecken sie auf unsere beiden Seitengewehre und heben dann dieses Zeichen über den Rand unseres Loches. Wir werden dann sehen, was der Franzmann macht." Wie er sagte, so geschah es. Nach ungefähr zehn Minuten wurde aus der französischen Linie dasselbe Zeichen auch mit Seitengewehren hochgehoben. Wir hatten schon vorher überlegt, wie wir es weiter machen würden, wenn ein gutes Zeichen käme. Wir hatten ein Stück von einer grauen Unterhose abgerissen, dieses Stück boben wir über unsere Armbinden und beobachteten wieder gespannt, was drüben gemacht werden würde. Nach kurzer Zeit kam ein reines Tuch aus dem französischen Graben. Nun kommandierte mein Kamerad: „Otto, jetzt raus und fest angefaßt!" Wir sprangen aus unserem Trichter, kein Schuß fiel von französischer Seite, nur ein deutsch gesprochenes Kommando kam von dort: „Die französischen Verwundeten rührt nicht an, die holen wir selbst; aber weeilt euch!" Wir ließen uns dieses nicht zweimal sagen, und schleppten auf dem Rücken und in unseren Zeltbahnen fort, was noch Leben zeigte. Dann fingen auch die Franzmänner an, Verwundete fortzuschaffen. Es fielda bei keinem Schuß von unserer Seite.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis.

Halle, den 22. Januar 1917.

Zum Arbeitswechsel im Hilfsdienst.

Das Kriegsarbeitsamt erläßt einen dringlichen Aufruf, den wir auf Ersuchen nach einigen Kürzungen in den wesentlichsten Teilen nachstehend wiedergeben:

Das Kriegsamt teilt amtlich mit: Von verschiedenen Stellen wird berichtet, daß in der Arbeiterschaft kriegswirtschaftlicher Betriebe sich neuerdings eine stärkere Neigung zur Abwanderung bemerkbar macht. Zwar wollen die Arbeiter nicht die Kriegswirtschaft überhaupt verlassen, um in andere Wirtschaftszweige überzugehen; vielmehr findet zumeist nur das Verlangen des Arbeitswechsels innerhalb der Kriegswirtschaft selbst statt. Aber auch ein solcher Wechsel hat, wenn er gleichzeitig und in größerem Umfange erfolgen sollte, seine ernsten Bedenken. Er führt nicht bloß durch die mit der Veränderung der Arbeitsstelle verbundenen Reisen, Vorbereitungen und Neueinrichtungen den Verlust einer Angahl von Arbeitstagen mit sich, sondern kann auch durch die plötzliche Entziehung von Arbeitskräften, insbesondere von Facharbeitern, den ungestörten Fortgang der auf sie angewiesenen Betriebe gefährden.

Weshalb erstreben die Arbeiter den Arbeitswechsel? Weil sie an der neuen Stelle mehr zu verdienen hoffen; weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenziehen und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können; weil sie überhaupt aus der Fremde in die Heimat und die heimischen Verhältnisse zurückkehren möchten. Das kann man ihnen an sich nicht verdenken; und deshalb wird man, wenn man sie trotzdem an der bisherigen Arbeitsstelle festhalten will, alles tun müssen, was ohne Beeinträchtigung anderer berechtigter Interessen geschehen kann, um ihnen den Entschluß des freiwilligen Verbleibens zu erleichtern. Die Unternehmer also, die ihre Arbeiter behalten wollen, werden zunächst zu prüfen haben, ob und wieweit sie die von ihnen bisher gewährten Löhne, im Hinblick auf die Kriegsteuerung zu steigern in der Lage sind. . . . Eine den Zeitumständen Rechnung tragende Angemessenheit der Löhne ist unter allen Umständen herzustellen, Lohndrückerei ebenso wie Lohntreiberei zu vermeiden. Ferner ist auf den doppelten Haushalt auswärts wohnender Arbeiter bei der Bemessung des Arbeitsentgelts Rücksicht zu nehmen. Erleichtert wird das durch den Erlaß des Reichskanzlers vom 9. Januar 1917, der vorschreibt, daß bei dem Ausgleich zwischen dem bisherigen Einkommen eines vom Heeresdienst Zurückgestellten und seinem augenblicklichen Arbeitseinkommen ein Betrag von 2 Mk. für den Tag für den Unterhalt der Familie eingestellt wird. Aber auch darüber hinaus wird für die Fälle des Doppelhaushalts die Gewährung einer ausreichenden Familienzulage durch den Unternehmer ins Auge zu fassen sein. Endlich sind auch die übrigen Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Unterkunft und Ernährung, unter den gleichen Gesichtspunkten einer Nachprüfung zu unterziehen und, soweit möglich, in entgegenkommender Weise auszugestalten. . . .

Es muß auf der anderen Seite aber auch von den Arbeitern erwartet werden, daß sie, sofern ihre Arbeitsbedingungen als gerecht und billig anzuerkennen sind, nicht bloß deshalb auf die sofortige Auflösung des Arbeitsverhältnisses dringen, weil sie es anderwärts noch besser haben können. . . .

Ein besonderes Wort muß den in der Kriegswirtschaft beschäftigten zurückgestellten Wehrpflichtigen, den sogenannten Reklamierten, gewidmet werden. Für sie gilt der Satz: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht. Heeresdienst vor Hilfsdienst. Sie sind von der Erfüllung der Wehrpflicht und der Leistung des Heeresdienstes nur so lange entbunden, als ihre anderweitige Beschäftigung noch wichtiger ist als der Dienst im Heere.. Die Voraussetzung ihrer Zurückstellung entfällt unter Umständen auch dann, wenn sie nicht mehr gerade an derjenigen Stelle arbeiten, für die sie nach ihren besonderen Fähigkeiten als Facharbeiter entweder zurückgestellt oder doch besonders notwendig sind, sondern an einer anderen Stelle, an der sie leichter ersetzt werden können. Sie hätten also in solchen Fällen die Wiedereinziehung zu gewärtigen, nicht etwa aus Rücksicht auf den Unternehmer, sondern lediglich aus militärischen Gründen. . . .

Im übrigen wird Sorge getragen werden, die natürlichen und begreiflichen Wünsche der Reklamierten schon bei der Zurückstellung oder doch späterhin durch Austausch nach Möglichkeit zu erfüllen. Nur kann dies nicht auf einmal geschehen, sondern verlangt, da es planmäßig erfolgen muß, eine gewisse Zeit.

Zum Schlusse heißt es: Die Arbeiter möchten, wenn es zu Mißhelligkeiten komme, nicht sofort den Abkehrschein fordern, sondern zunächst die Vermittlung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder der Kriegsamtsstelle anrufen.

Hallenser in den Verlustlisten.

Als in Halle und seinen Vororten geboren werden in den Verlustlisten gemeldet:

Preußische Verlustliste Nr. 730. Ewald Fährmann (10. 4. 91), Giebichenstein, bish. verm., i. Gfsch. Karl Grapentin (2. 11. 96), bish. verw., gestorben. Vzfldw. Max Model (6. 12. 88), bish. verm., i. Gfsch. Utffz. Fritz Possin (1. 8. 90), bish. verm., i. Gfsch.

Preußische Verlustliste Nr. 732. Vzfldw. Otto Birner (20. 6. 83) gefallen. Gefr. Willi Meyer (21. 5. 97) schw. verw. Karl Thielicke (1. 10. 98), Trotha, gefallen.

Preußische Verlustliste 733. Wilhelm Berger (11. 11. 79), bish. verm., gestorben. Ernst Bost — nicht Bost — (3. 8. 90), bish. verm., verw. Erich Hauer (28. 10. 95), bish. verm., i. Gfsch. Albert Hutzelmann (5. 6. 94) durch Unfall leicht verletzt. Paul Jacob (3. 3. 92) gerichtlich für tot erklärt 21. 12. 15. Alexander Pilling (7. 6. 90) verm. Bruno Wunderlich (23. 11. 77), Giebichenstein, l. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 734. Gefr. Bernhard Kohl (16. 10. 97) l. verw. Otto Wirth (8. 5. 94) schw. verw.

Preußische Verlustliste Nr. 735. Hermann Böttche (19. 2. 90), Kröllwitz, bish. verm., i. Gfsch. Paul Bräuer (4. 8. 84) schw. verw. Gefr. Kurt Ritter (28. 10. 92), bish. verm., gefallen. Gefr. Wilhelm Schinkel (10. 3. 94) schw. verw. Gustav Strauß (14. 2 88), Giebichenstein, bish. verw., gestorben.

Preußische Verlustliste Nr. 736. Max Hottenrott (10. 11. 93), bish. verm., i. Gfsch. Hans Riedrich (18. 11. 98), bish. verm., i. Gfsch. (A. N.).

Preußische Verlustliste Nr. 737. Franz Kirschbaum (27. 11. 93), Giebichenstein), bish. schw. verw. u. verm. gemeldet, gefallen. Ferdinand Möbius (20. 7. 95) gestorben a. f. Wunden. Gefr. Max Pfeiffer (2. 5. 90) gefallen. Willi Stadermann (30. 4. 89), bish. verm., i. Gfsch.

Der Mörder der Frau Rinckleben verhaftet!

Der Mörder der am 9. d. M. ermordeten Frau Rinckleben ist am 21. d. M. in der Person des Arbeiters Hugo Wagner, am 21. Dezember 1892 geboren, von Kriminalbeamten hier festgenommen worden. Er gibt an, bis zum 6. d. M. in einer Fabrik in Büschdorf gearbeitet und diese Arbeit wegen ungenügenden Verdienstes aufgegeben zu haben. Am 8. d. M. sei er um 5½ Uhr morgens von seiner Wohnung, Unterplan, fort und nach Teicha gegangen. Dort habe er zwei Knaben den Rucksack tragen helfen. Erst später sei ihm der Gedanke gekommen, sich ihn anzueignen, weshalb er sich alsbald eiligst damit entfernt habe. Am 9. d. M. sei er in der schon am Tage vorher betätigten Absicht von Hause fortgegangen, in einem Bäckerladen Brot zu stehlen. Mit dieser Absicht habe er auch das Geschäft in der Wilhelmstraße betreten, wo er die Frau Rinckleben angetroffen habe. Diese habe Papiergeld in den Händen gehabt und gefragt, ob die Geschäftsinhaberin ihr einen Einhundertmarkschein einwechseln könnte. Bei dem Anblick des Geldes sei ihm der Gedanke gekommen, es der Frau Rinckleben fortzureißen und davonzulaufen. Er habe das aber für zu gefahrvoll gehalten und überlegt, daß es besser wäre, dazu eine freie Stelle zu wählen. Vor dem Tierasyl seien sie (er und Frau Rinckleben) auf seine Veranlassung vom Wege abgebogen und ein Stück über das Feld gegangen. Dort sei ihm eine Stelle an der Bretterblanke des Fußballklubs Borussia zur Ausführung seines Vorhabens geeignet erschienen. Da die Frau Rinckleben den Korb am Arme festgehalten habe, so daß er ihn ihr nicht habe entreißen können, habe er sein Messer hervorgeholt, den Verschluß der Korbdeckel aufgeschnitten und das Geld aus dem Korbe entnommen. Frau R. habe sich aber dabei so heftig zur Wehr gesetzt und ihn mit beiden Armen so fest um den Hals gefaßt, daß er alle Gewalt habe anwenden müssen, um sich zu befreien. Im Verlauf des Ringens seien sie zu Fall gekommen, und bei dem weiteren Ringen müßte sich die Frau Rinckleben die Verletzungen zugezogen haben, da er das Messer noch in den Händen gehabt habe. Ihm seien 102 Mk. an die Hände gefallen. Nachdem er sich bei seiner Braut des beim Morde getragenen Anzugs entledigt gehabt habe, habe er sich hier umhergetrieben. In den nächsten Tagen sei es ihm gelungen, Arbeit zu erhalten. Diese habe er aber schon nach drei Tagen aufgegeben und dann Halle verlassen. Als Wagner am 21. d. M. zum ersten Male wieder nach der Wohnung seiner Mutter, Spitze 33, kam, wurde er festgenommen.

Neue Bekanntmachungen.

Fleisch ist für die laufende Woche mit 200 Gramm auf den Kopf zugeteilt worden.

Der Eierverkauf wird am Dienstag auf die Nummern 6001 bis 12 000 in der Talamtschule fortgesetzt.

Zur Kinderspeisung durch die Schulen wird bekanntgemacht, daß die Eltern der beteiligten Kinder die angegebenen Kartoffel- und Fleischmarken mitschicken möchten

---

* **Zu den Ratschlägen für Kohlrübenspeisen schreibt uns Genossin M. Kt.:** In seiner Nummer 17 vom 20. Jan. druckt das Volksblatt einige ihm amtlich übermittelte Kochrezepte für Kohlrübengerichte ab. Es heißt da: „Bei allen Rezepten ist darauf zu achten, daß das Rübenbrühwasser abgegossen wird." Mit Verlaub: das ist falsch, denn es bedeutet eine zwecklose Vergeudung von Nährstoffen, die in das Kochwasser übergehen. Hat man einmal streng schmeckende Kohlrüben zu bereiten, so setze man bis zu einem Drittel Mohrrüben zu. Das gibt ein ganz ausgezeichnetes Gericht. Ebenso empfiehlt es sich, Marmelade von Kohlrüben mit Mohrrüben zu würzen.

* **Die geringe Kartoffelmenge nur für sechs Wochen!** Auf einer Konferenz der Regierung und der Dortmunder Stadtverwaltung wurde erklärt, daß die Herabsetzung der Kartoffelversorgung lediglich auf sechs Wochen gedacht sei. — Es sollen eben, wie es schon vorher hieß, die Kohlrüben für den Verzehr nutzbar gemacht werden, ehe sie verderben. Denn Kohlrüben halten sich über den März hinaus nicht.

* **Hundeschlächterei** Ein unerwartete Enthüllung brachte eine Verhandlung vor dem hiesigen Schöffengericht mit sich. Der Kriegsbeschädigte K. mußte sich wegen einer Reihe angeblich von ihm ausgeführter Diebstähle verantworten. Er sollte Hühner, Ziegen und sonstiges Geflügel gestohlen haben. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, Wäsche und Kleidungsstücke an sich gebracht zu haben. Er leugnete alles. Eine Zeugin, die behauptete, sie hätte oft ganze „Klumpen" Fleisch im Waschhaus liegen sehen, erwähnte auch, daß sie selbst einmal einen Ziegenkopf gekauft habe. Der Angeklagte behauptete, daß es sich um Hundefleisch gehandelt habe. Er hätte öfters große Hunde zum Schlachten gekauft und sie dann ausgeschlachtet. Ein anwesender Sachverständiger erklärt, daß man sehr leicht das Rätsel lösen könne, ob die Frau Hunde oder Ziegenbraten gegessen habe. Er fragte, ob im Oberkiefer Zähne gewesen wären, was bejaht wurde. Zur Ueberraschung der Frau und zur allgemeinen Heiterkeit erklärte er dann, daß es sich um einen Hundekopf gehandelt habe. Ziegen und Schafe hätten eben keine Schneidezähne. — Da im übrigen keine volle Aufklärung über den ganzen Fall zu schaffen war, wurde vertagt und eine Reihe Zeugen zum nächsten Termin geladen.

* **Abfindungsgeld für Kriegerwitwen.** Das Wolffsche Telegraphische Bureau meldet amtlich: : „Witwen, denen aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Kriegswitwengeld gewährt ist, können im Fall ihrer Wiederverheiratung unter gewissen Voraussetzungen eine einmalige Abfindungssumme bis zur Höhe von ⅔ des dreifachen Betrages der Kriegsversorgung erhalten. Anträge sind an die örtlichen Fürsorgestellen oder an die Ortspolizeibehörde zu richten."

* **Stadttheater.** Heute, Montag, kommt Beethovens Fidelio mit Meta Toucchy in der Titelpartie zur Aufführung. Dienstag findet die erste Wiederholung des Lustspiels Im Teetisch statt. Am Mittwoch wird Paul Graeners Oper Don Juans letztes Abenteuer seine Erstaufführung in Halle erleben. Die Spielleitung hat Leopold Sachse, die musikalische Leitung Oskar v. Pander übernommen. Auf die letzte diesjährige Nachmittagsvorstellung des Weihnachtsmärchens Dornröschen, die am Mittwoch, nachmittags 3½ Uhr, stattfindet, sei noch einmal hingewiesen.

* **Ueber Kunstbetrachtung und künstlerisches Schaffen.** Zu den Vorträgen des Bundes für Volkskraft wird mitgeteilt: Am Mittwoch, den 24. Januar, wird in der Aula der Universität Herr Architekt Paul Tiersch, Direktor der hiesigen Handwerkerschule, über ein Thema sprechen, das dem modernen Menschen, dessen Bedürfnis nach einer Verständigung der künstlerischen Ziele unserer Zeit beständig wächst, besonders nahelegt: Ueber Kunstbetrachtung und künstlerisches Schaffen. Gerade, daß hier das künstlerische Schaffen selbst — und zwar von der Antike bis zur Moderne — als Hauptquelle der Kunstbetrachtung betont werden wird, dürfte eines besonderen Interesses der Zuhörer gewiß sein. Als allgemein erläuternde Begleitung werden Lichtbilder die Ausführungen unterstützen. — Die Vorträge des Bundes haben dauernd einen derartigen Zuspruch, daß die sehr große Aula die Zahl der Zuhörer kaum fassen kann. Leider steht kein größerer Saal in Halle zur Verfügung. Der große Andrang hat zu Unzuträglichkeiten geführt, denen unbedingt entgegengearbeitet werden muß. Wie aus zahlreichen Klagen hervorgeht, erscheinen einzelne Personen sehr früh und belegen für andere Plätze, so daß schon nach kurzer Zeit Platzsuchende sich vergeblich nach solchen umsehen. Sie können dann von ihren Stehplätzen aus zusehen, wie kurz vor Beginn des Vortrages diejenigen erscheinen, für die Plätze freigehalten worden sind. Dieser Brauch erregt natürlich große Unzufriedenheit und es muß daher das vorherige Belegen von Plätzen möglichst unterbleiben.

* **Beim Rodeln auf den Brandbergen** kam am Sonntag ein Kaufmann zu Fall und erlitt eine Verletzung der Nase. Kurz darauf stürzte ein junges Mädchen mit ihrem Schlitten und zog sich eine nicht unbedeutende Verletzung der rechten Gesichtsseite zu. Die beiden Verletzten wurden von Sanitätsmannschaften verbunden.

* **Tot aufgefunden.** Ein in der Kanzleigasse wohnhafter Maurer wurde tot in seiner Wohnung aufgefunden. Nach Aussage des hinzugezogenen Arztes ist er eines natürlichen Todes gestorben. Die Angehörigen wurden benachrichtigt. — Am Sonntag abend stürzte sich ein Invalide aus dem Bodensenker eines Grundstückes am Töpferplan und war sofort tot. Der Tote war nervenleidend.

* **Feuer.** In dem Grundstück der früheren Leutertschen Fabrik brach Sonnabend abend durch Funkenflug aus einem der Kokskörbe, die zur Erwärmung der Fabrikhalle dort angebracht sind, ein Feuer aus. Die rasch herbeigeeilte Feuerwehr konnte das Feuer bald löschen. Zu den in der Stadt umlaufenden Gerüchten, daß durch das Feuer auch die in der Fabrik eingelagerten städtischen Kartoffeln Schaden genommen haben, ist zu bemerken: Nach eingeholter Erkundigung können wir feststellen, daß nur ein ganz geringer Bruchteil der Kartoffeln Schaden gelitten hat. Die durch den Brand beschädigten Stellen im Dach konnten durch die Aushilfe der Eisenbahnverwaltung, die mehrere ihrer großen Planen zur Verfügung stellte, abgedichtet werden. Durch sorgfältige Verpackung sind die Kartoffeln gegen weiteren Frostschaden geschützt.

Bettin. Wieder ein Ueberfall. Zwei hiesige Frauen hörten am Mittwoch in später Nachmittagsstunde, von Döblitz kommend, am unteren Wege an der Saale unterdrückte Hilferufe. In der Weidenanpflanzung sahen sie, wie eine Mannesperson mit offenem Messer auf einer Frau kniete, die er am Halse würgte. Die Frauen riefen einen Fleischermeister, der mit seinem Fuhrwerk den oberen Weg über den Jarrenberg benutzte, um Hilfe an. Auf diesen Anruf ließ der Räuber von seinem Opfer ab und sprang den Berg hinauf. An dem Fuhrwerk des Fleischermeisters vorbeilaufend, verschwand er in der Dunkelheit. Die Ueberfallene, Frau Stubenrauch aus Salzmünde, erzählte, daß sie rücklings zu Boden gerissen und ihrer Barschaft beraubt sei. — Am Donnerstagabend wurde dann als der Täter der etwa 16jährige Schiffer Walter Reisinger hier als Täter in Haft genommen. Nach anfänglichem Leugnen gestand er die Tat ein. Weitere Ermittlungen haben ergeben, daß er vor kurzem auch ein aus Zaschwitz stammendes und in Gimritz dienendes Mädchen überfallen und vergewaltigt, daß er weiter auf einem Kahn und in eine Gastwirtschaft eingebrochen und daselbst Geschirr, Getränke, eine Zither, bares Geld und andere Sachen entwendet hat.

Döblitz. Was Güterschlächter verdienen. Die Güterfirma Meyerstein in Köthen erwarb kürzlich das 58 Morgen große Schüßlersche Gut in Döblitz. Der Acker ist parzelliert und das Inventar verkauft worden. Der Gesamterlös beträgt, wie in Zeitungen mitgeteilt wird, 86 000 Mk. und gezahlt hatte die Firma nur 70 000 Mk.

Könnern. Mangelhaftes Ergebnis. Der Aufruf zur Hindenburgspende für Schwerarbeiter hat hier und in der Umgegend leider nur einen kläglichen Erfolg gehabt, so daß voraussichtlich noch mehr Zwang auf die Besitzer von Schweinen ausgeübt werden muß. In Rothenburg konnte jetzt den Arbeitern ½ Pfund Speck für 1,50 Mk. von der Spende verabreicht werden.

Stadt-Theater.

Sinfonie-Konzert des Stadttheater-Orchesters. Leitung: Oskar Braun. Daß die Sinfonie-Konzerte einem dringenden Bedürfnis entsprechen, bewies der vorgestrige Abend, an dem das Theater fest ausverkauft und der Beifall nach den einzelnen Werken ein bedeutender war. Erfreulicherweise ging diesmal auch Kapellmeister Oskar Braun mehr aus sich heraus, als man es bisher von ihm gewöhnt war, so daß dieses Konzert künstlerische Höhepunkte erreichte, der die letzten um ein bedeutendes überragte. Ein Lebensfest, ein einziger Freudenrausch: Beethovens siebente (A-Dur) Sinfonie, deren unerschöpflicher Melodienquell dem Hörer heute wie zuvor und immerdar beseligend das Herz überströmt. In einer Unendlichkeit reißt uns eben Beethoven immer. Die Aufführung selbst war tadellos. Schon die Gestaltung des ersten Satzes ließ eine stark lebendige Durchführung der übrigen Teile erwarten. Ganz ausgezeichnet war in dynamischer Hinsicht das Verhalten des sempre diminuendo vor dem Wiedereintritt des Hauptthemas im dritten Satz und überraschend wirkte auch der Schlußsatz. — Unter Lisats Kompositionen nimmt die sinfonische Dichtung Tasso unstreitig mit den ersten Platz ein, sie ist ein hervorragendes Beispiel für des Meisters Kunst der Instrumentation. Was er hier rein musikalisch bietet, stellt ihn den größten Meistern zur Seite. Und auch der Umstand, daß er eine venezianische Gondolier-Melodie zugrunde legt, kann dies Werturteil nicht einschränken. „Lamento e Trionfo" lautet der Untertitel, es ist das alte Thema von Kampf und Sieg, das auch Lizst hier wieder behandelt. Für das Orchester lag mit diesem Werke eine ebenso anspruchsvolle wie dankbare Aufgabe vor, deren es sich mit Auszeichnung entledigte. So entfalteten z. B. die Streicher in dem memuettartigen Mittelsatz in der unbequemen Tonart Fis-Dur eine schöne Sauberkeit. Hier war alles Nimmt, ein Bild des Lebens am Hof von Ferrara. Den Holzbläsern bot der erste Teil mehrfach Gelegenheit zu solistischem Hervortreten.

Franz v. Vecsey, in der ernsten Schule von Joachim herangebildet, spielte zwei vom Orchester umrahmte Werke: Beethovens Konzert D-Dur, das aus unbegreiflichen Gründen so lange totgeschwiegen worden ist, und Mendelssohn-Bartholdys Konzert E-Moll. Der Geiger ist eines jener Wunderkinder, das sein Versprechen gehalten und sich zu einem großen Künstler entwickelt hat. Der von ihm auf der Geige erzeugte Ton ist ein wundervolles Erklingen. Von vollendeter technischer Meisterschaft sind die Intervalle, von straffer Selbstzucht zeugt die ausgezeichnete Rhythmik, von seltsamer Weichheit und Keuschheit dieses Piano. Dazu kommt ein wunderbar abgeklärtes Spiel. Franz v. Vecsey hat mit Burmester, mit dem er oftmals in Vergleich gezogen wird, die siegreiche, sichere Bogenführung gemeinsam. Es muß aber an dieser Stelle ausdrücklich betont werden, daß Franz v. Vecsey in Anbetracht seiner glänzendsten Leistungen nicht nur neben Burmester, sondern um ein Bedeutendes über ihn zu stellen ist. Der Erfolg, den der Künstler hatte, war denn auch ein ganz großer, man jubelte und feierte ihn, bis zwei Zugaben, ein Virtuosenstück mit allen technischen Finessen von Paganini und ein Fuge von Bach, beide Stücke ohne Begleitung, folgte. Man hörte wieder einmal einen wirklichen Meister!

Allerlei.

Die „Neuorientierung" macht Fortschritte.

Die Frankfurter Volksstimme schreibt: „Im Darmstädter Parteiblatt finden wir ein Inserat aus Rüsselsheim am Main, in welchem der dortige Pfarrer Dr. Fuchs anzeigt, daß Sonntag, 14. Jan., in der evangelischen Kirche in Rüsselsheim ein „Vaterländischer Abend" stattfinden wird, bei welchem Schriftsteller Anton Fendrich über Krieg, Arbeiterschaft und Kirche reden wird. Für diejenigen Leser, die es etwa nicht wissen sollten, sei bemerkt, daß Fendrich einmal sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter in Baden war, und jedenfalls gehört er auch jetzt noch der Partei an, wenigstens gibt er sich immer als Sozialdemokrat aus. Jetzt predigt er sogar in der Kirche! Wer hätte das je für möglich gehalten! Nun sage noch einer, es wäre nichts mit der Neuorientierung. Aber — es kommt darauf an, wer sich in diesem Falle neuorientiert; wir haben die Ueberzeugung, daß es die Kirche sicher nicht ist. Man kann sicher in einer Kirche auch sozialdemokratisch reden; das geschah zum Beispiel bei dem großen Friedenskongreß im Basler Münster, aber daß es hier geschieht und daß es Fendrich tut, vermögen wir nicht zu glauben. — Bei der Gelegenheit sei noch bemerkt, daß Fendrich für dieses Jahr einen Kalender herausgegeben hat. In diesem findet man an den Sonntagen gewissenhaft die — Bibelstellen verzeichnet, über die in der Kirche gepredigt werden soll! Eine feine Sorte „Neuorientierung" für einen Sozialdemokraten!" — Ja, ja, man wird sich von diesen „neuorientierten" Sozialdemokraten vom Schlage der Fendriche und Lensche noch mancherlei zu versehen haben!

Aus der besten Gesellschaft. Eine von einer Dame der ersten Gesellschaft in München gegründete Tanzhochschule wurde in Gegenwart der Gründerin und geladener Gäste auf Anordnung des Generalkommandos geschlossen; die Namen der Anwesenden wurden festgestellt.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Vock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170122-11/fragment/page=0006